

Volksrecht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Zersprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in
Buchhandlung der „Volksrecht“: Hauptstraße 4/6, durch die
Post, durch die „Volksrecht“, Neue Gasenstraße Nr. 5, durch die
Zweigstellen, durch die „Volksrecht“, Wollschneiderei Nr. 140, sowie durch alle
Buchhändler zu beziehen. Wochensatz 1,00, Monatspreis 3,00, halbjährlich 15,00, jährlich 30,00.
enthalten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bezahlung
in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Anzeigenpreis: Je 10 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien
30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 8 Pf., Familienanzeigen,
Stellenangebote, Verleumdungen, Verleumdungen, Verleumdungen, Verleumdungen,
kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das 1. Wort 4 Pf., Anzeigen für
die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die Vereinigten Staaten bleiben Zuschauer.

Die Interalliierte Konferenz ohne offizielle Beteiligung Amerikas!

London, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Es steht nunmehr fest, daß die Interalliierte Konferenz über die Durchführung der Sachverständigenpläne am 16. Juli in London stattfindet. Italien und Belgien haben bereits mitgeteilt, daß ihnen dieser Termin recht ist. Die Einladungen ergehen durch die britische Regierung. Die amerikanische Regierung hat erklärt, daß sie wahrscheinlich nicht aktiv an der Konferenz teilnehmen werde, daß ihre Entscheidung aber erst fälle, wenn die Einladung vorliege. Die Teilnahme Japans an der Konferenz ist nach den Mitteilungen der japanischen Presse von der Haltung Amerikas abhängig. Japan will sich genau in dem Umfang beteiligen, wie das die amerikanische Regierung tut. Hinsichtlich der Beteiligung der englischen Dominien an der Konferenz antwortete Macdonald auf eine Anfrage, daß er darüber keine genügende Auskunft geben könnte, daß es seiner Meinung nach jedoch das beste sei, wenn er enge Fühlung mit ihnen halte, jedoch bei ihnen kein Bewußtsein lebendig sei, Englands Partner in allen einzelnen Fragen zu sein.

Kreuter meldet: Präsident Coolidge erklärte am Dienstag, daß trotz der amerikanischen Interessen in Europa die Vereinigten Staaten an der Londoner Alliierten-Konferenz nicht teilnehmen können. Amerika werde sich informativ beteiligen, aber er sehe keine Möglichkeit, Dawes oder den Staatssekretär Hughes als amerikanischen Delegierten an der Konferenz teilnehmen zu lassen.

Herriot in Brüssel.

Brüssel, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, der bei seiner Ankunft in Brüssel von allen Schichten der Bevölkerung mit ungewöhnlicher Herzlichkeit gefeiert wurde und der bereits am Montagabend auf einem von der französischen Botschaft gegebenen Dinner Gelegenheit zu einer ersten Fühlungnahme mit den belgischen Ministern gehabt hat, hat am Dienstag vormittags den offiziellen Meinungsaustausch mit der belgischen Regierung begonnen. In der ersten Unterredung, die von 10 bis 1 Uhr gedauert hat, haben außer Herriot nur die beiden für die belgische Außenpolitik verantwortlichen Minister Deunin und Smanus teilgenommen. Herriot kritisierte einen eingehenden Bericht über seine Unterredung mit dem englischen Premierminister. Daran knüpfte sich eine sehr ausführliche Diskussion über allgemeine politische Fragen. Die Verhandlungen wurden am Nachmittag im Beisein der Hauptmitarbeiter beider Regierungen fortgesetzt. Sie galten diesmal den speziellen Fragen, insbesondere der ökonomischen und militärischen Räumung der Ruhr und der von Herriot in London geltend gemachten und auch von Belgien vertretenen Forderung der Kontrolle der wichtigsten französischen Bahnlinien in den Rheinländern. Zu den ökonomischen Garantien für die Durchführung des Sachverständigenprogramms, von denen Herriot in London die militärische Räumung der Ruhr abhängig gemacht hat, gehört unter anderem die Forderung, daß die von Deutschland zu übernehmenden Obligationen „handelsfähig“ sein müssen. Was der französische Ministerpräsident damit beabsichtigt, liegt auf der Hand: In Frankreich herrscht angesichts der in letzter Zeit besonders alarmierenden Gerüchte über angebliche geheime deutsche Rüstungen noch immer die Besorgnis, Deutschland könne in wenigen Monaten, wenn auch nicht zu einem Angriffskrieg, so doch zum mindesten zu einem Defensivkrieg bereit sein, und es könne dann die weitere Erfüllung des Friedensvertrages verweigern und Frankreich sagen: Kommt und holt Euch Eure Reparationen. So absurd diese Idee ist, sie ruft heute in Frankreich in vielen Köpfen, und gegen eine solche Eventualität scheint Herriot sich schützen zu wollen durch die Forderung nach möglichst rascher Publizierung der von Deutschland aus zu zahlenden Schuldtitel. Denn sobald auch nur ein Teil der ausgegebenen Obligationen auf den internationalen Weltmärkten notiert und gehandelt wird, handelt es sich nicht mehr um eine politische, sondern um eine rein kommerzielle Schuld, deren Bezahlung dann Deutschland nicht mehr verweigern kann, ohne seinen Kredit auf Jahrzehnte hinaus zu kompromittieren. Da an sich die deutschen Obligationen „handelsfähig“ sind, sobald durch die Verabschiedung der ihre finanzielle Deckung regelnden Gesetze ihr Zins- und Tilgungsdienst gesichert ist, richtet sich diese Garantieforderung eigentlich weit weniger an die deutsche Adresse als vielmehr an die Adresse der internationalen Finanzwelt, von deren gutem Willen es zu einem großen Teile abhängen wird, daß die deutschen Obligationen rasch Aufnahme finden.

Mussolini gibt die Krise des Faschismus zu.

Rom, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Mussolini hielt am Dienstag vor dem Senat und zahlreichen in der Diplomatenloge anwesenden fremden Gelehrten eine große Rede. Er sagte, daß das Ziel seiner allgemeinen Regierungspolitik die nationale Veröhnung und Herstellung einer politisch-formalen Lage unter Achtung des Gesetzes unveränderlich feststehen werde. Die faschistische Partei werde um jeden Preis von verhängnisvollen Elementen gesäubert werden. Die Regierung werde auf ihrem Posten bleiben. Im Namen der Regierung schloß er sich der scharfen Missbilligung des abschließlichen Verbretens gegen Miteotti durch den Präsidenten Tittoni an. „Wir leben in einer sehr ersten politischen und moralischen Krise.“ Aber

diese Krise werde wohltätig wirken, weil alle Italiener daraus eine größere Verantwortungsfrist ziehen. Die Forderungen der Opposition seien widerständig. Der kommunistischen Parole nach einem Generalkrieg haben die Arbeiterklasse die Gleichgültigkeit verleiht. Das Verlangen der Republikaner nach einer Konstituante (das heißt nach freien Neuwahlen zur Schaffung einer demokratischen Verfassung) werde abgelehnt, denn das würde auf einen Staatsstreich (!) hinauslaufen, um die Wahlen (die unter Terror stattfanden) wieder zu machen. Der Faschismus mit seinen 8000 Sektionen sei zwar erschüttert worden, aber er könne nicht und dürfe nicht unterliegen.

London, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Geschäfts-führende Ausschuss der Internationalen besichtigte sich am Dienstag mit der Einleitung einer internationalen Aktion wegen der Ermordung Matteottis. Die Internationale schließt sich der Kampagne ihres Sekretärs an und stellt mit Genugtuung fest, daß in allen Ländern bereits spontane Kundgebungen stattfinden. Der Ausschuss beschloß, außerdem Matteottis Dokumentensammlung „Ein Jahr faschistischer Herrschaft“ in englischer und französischer Sprache herauszugeben.

Die Note über die Militärkontrolle.

die der englische Botschafter und der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler am Dienstag nachmittags überreicht haben, hat folgenden Wortlaut:

„Chequers, den 22. Juni 1924.
Wir wünschen uns in einer Frage, die unseren beiden Regierungen ernste Sorge bereitet, unmittelbar an Eure Excellenz zu wenden. Wir haben nicht ohne größte Besorgnis erfahren, daß die deutsche Regierung vielleicht die Absicht haben könnte, auf die kürzlich wegen der Militärkontrolle in Deutschland an Ihren Botschafter in Paris gerichtete Note keine zustimmende Antwort zu geben. Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unangenehme und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte herbeizuführen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiiert, als daß man sie vernachlässigen könnte. Sie führen dazu, die öffentliche Meinung in einer Besorgnis zu befestigen, die unvermeidlich die Haltung der beiden Regierungen beeinflussen muß. Wir sind sicher, daß die deutsche Regierung, falls diese Berichte unbegründet sind, nicht nur ihre eigenen Interessen wahren, sondern auch ganz Europa einen großen Dienst erweisen wird, wenn sie an einer Untersuchung mitwirkt, die so durchgeführt wird, daß sie die Beforgnisse vor geheimen militärischen Vorbereitungen zerstreut. Wir können der deutschen Regierung nicht verbieten und halten es für gut, sie davon zu verständigen, daß jeder neue Verstoß gegen die lokale und genaue Durchführung der Verpflichtungen aus Teil V des Vertrages von Versailles die internationale Lage gerade in dem Augenblick schwer belasten würde, in dem die Aussicht auf schnelle Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes in allen beteiligten Ländern die Hoffnung auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, die einer allgemeinen und wirklichen Befriedung die Wege ebnet, aufzubrechen läßt.“

Wir bitten daher die deutsche Regierung, diese Befriedung zu erleichtern und zu diesem Zwecke zunächst mit Nachdruck und gutem Willen an der Bewirkung der rechtmäßigen Forderungen der Militärkontrollkommission mitzuarbeiten. Es läge im eigenen Interesse der deutschen Regierung, wenn die genaue Lage in bezug auf die Entlastung in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrages festgestellt wäre. Wenn sie die Willkür von der Aufrichtigkeit ihrer Haltung überzeugen will, muß sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Beweis hierfür zu geben, indem sie die Kontrollkommission bei der Feststellung der Tatsachen unterstützt.“

Wir appellieren an Eure Excellenz, weil wir keine Gelegenheit verpassen möchten, um eine Ursache ernster Schwierigkeiten zwischen unseren Regierungen zu beseitigen. Frankreich und Großbritannien haben keineswegs das Bestreben, der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten oder die Kontrolle über das Maß des Notwendigen hinaus zu verlängern. Im Gegenteil, sie nehmen die Zurückziehung der Kommission für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht. Sie wünschen lebhaft, den Mechanismus der Kontrollkommission durch das im Artikel 213 des Vertrages dem Völkerbundsrat übertragenen Untersuchungsrecht reibend zu sehen, sobald sie in bezug auf die verschiedenen Punkte, die die alliierten Regierungen besonders bezeichnet haben, Genugtuung erhalten haben. Sie verlangen nur, daß man ihnen berechtigten Besorgnissen jede Beruhigung zuteil werden läßt. Man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie ihre Sicherheit durch den Wegfall der Garantien gefährden lassen, die sie auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles in Händen haben.“

In diesem Geiste bringen wir erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung auf die Note der Botschafterkonferenz die einzige Antwort erteilt, die der Situation und den im Vertrag festgelegten Verpflichtungen entspricht.
gez. Herriot, J. Ramsay MacDonald.
Der Reichskanzler hat dem englischen Botschafter und dem französischen Geschäftsträger erklärt, daß er die Note zur Kenntnis des Reichskabinetts bringen werde. Die Alliierten würden rechtzeitig, das heißt bis zum 30. Juni eine Antwort der deutschen Regierung erhalten.

Regierung Held in Bayern.

Bürgerliche Koalition ohne Völkische.

München, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Endlich ist die bayerische Regierungskrise gelöst. Nachdem am Montagabend zwischen den drei Koalitionsparteien eine vorläufige Einigung über das Regierungsprogramm erzielt worden war, andererseits aber alle Versuche, für das neue Programm einen außerparlamentarischen Ministerpräsidenten zu bekommen, fehlgeschlagen sind, hat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei am Dienstag vormittag einstimmig den Beschluß gefaßt, ihren Führer, den Abgeordneten Geheimrat Held, dem Landtag als Ministerpräsident vorzuschlagen. Held hat erst nach langem Widerstreben die Wahl angenommen. Er bildet seine Regierung auf der Koalitionsbasis von Bayerischer Volkspartei, Deutschen Nationalen und Bayerischem Bauernbund; darüber hinaus aber will er versuchen, auch bei den anderen Parteien für seine Person um Vertrauen zu werben. Eine offizielle Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie, die sich eingehend mit dieser überraschenden Wendung der Dinge befaßt wird, ist noch nicht erfolgt.

Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß die jetzigen Kabinettsmitglieder in der Hauptsache auf ihren Posten bleiben, mit Ausnahme des Innenministers Dr. Schwegler, dessen Person der Bayerischen Volkspartei selbst von Anfang der Regierungskrise an zu sehr belastet erschien. Der deutsche Justizminister Dr. Gurlner wird wahrscheinlich im Amte bleiben. Der Landtag wird zunächst für Dienstag nachmittag zusammengerufen, um offiziell die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen.

Geheimrat Held steht im 57. Lebensjahre. Er ist geboren in Hellen und erbt seit 1899 in Bayern (Regensburg). Er ist seit 1907 Mitglied des Bayerischen Landtages, seit 1914 Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei und hat als solcher die bayerische Politik stets maßgebend beeinflusst. Im öffentlichen Leben spielte er außerdem eine Rolle als Herausgeber des „Regensburger Anzeiger“, einer der angesehensten Zeitungen der Bayerischen Volkspartei, sowie als einer der führenden Männer der bayerischen Katholiken. Er war stets scharfer Gegner der Mitterlei.

Zwölfstundenschicht in Polnisch-Oberschlesien.

Wie polnische und deutsche Industrielle zusammenarbeiten. Wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, beschäftigt der Arbeitgeberverband vom 1. Juli ab auf den ober-schlesischen Gebieten und Hüttenwerken den 12-Stundentag einzuführen. Trotz dieser Maßnahmen werden die weiteren Kündigungen und Entlassungen nicht aufgehalten.

Ueber eine Denkschrift des Bergrats Geisenheimer vom Kattowitzer Berg- und Hüttenmännischen Verein an die polnische Regierung wird uns aus Kattowitz geschrieben:

Es ist bezeichnend, daß sich Geisenheimer bei seiner Beweisführung immer darauf beruft, daß die Arbeiter der Schwerindustrie Polnisch-Oberschlesiens noch immer weit besser gestellt sind als die Arbeiter des deutschen Teils. Das belegt der Mann mit Tabellen, die nachweisen, daß der deutsche Bergarbeiter etwa um 30 Prozent geringer bezahlt wird, während der polnische Hüttenarbeiter sogar 70 Prozent mehr verdient wie sein deutscher Kollege. Die Löhne im Dombrowaer Becken sind nach Geisenheimer noch niedriger. Sie betragen für den Bergarbeiter 37 Prozent weniger als die Löhne in Polnisch-Oberschlesien. Den Sacharbeiten zählt man, immer nach Geisenheimer, heute in Polnisch-Oberschlesien um 37 Prozent höhere Löhne als im Jahre 1913, während dieselben Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien etwa 12 Prozent weniger verdienen als vor dem Kriege. Bei den Akkordlöhnen rechnet Geisenheimer sogar für den polnischen Arbeiter mehr als 60 Prozent Mehrverdienst gegenüber dem deutschen Arbeiter heraus.

Die Leistungsfähigkeit des Arbeiters in Deutsch-Oberschlesien ist natürlich nach Geisenheimer, der ja für die polnische Industrie schreibt, bedeutend größer als die seines polnischen Kollegen. Dort leistet man nur etwa 80 Prozent von dem, was in Deutsch-Oberschlesien gearbeitet wird. Dabei entschließt dem Herrn das Geständnis, daß von den deutschen Arbeitern die Friedensleistung bereits erreicht ist. Daß die Arbeitszeit in keinem Verhältnis zu den Löhnen steht, ist Herrn Geisenheimer selbstverständlich. Er verweist die polnische Regierung darauf, daß man in Deutsch-Oberschlesien schon die Vorkriegsarbeitszeit eingeführt hat.

Herr Geisenheimer verlangt also von der polnischen Regierung einen Abbau der Zölle für die Produkte der Schwerindustrie, eine Senkung der Löhne der Arbeiter und eine Verlängerung der Arbeitszeit, für die Hüttenindustrie gleich auf 12 Stunden. Die Denkschrift, in der er diese Forderungen begründet, kamt vom 28. April dieses Jahres, und es ist vielleicht kein Zufall, daß gleich darauf Stilllegungen in ungeheimlichem Umfange erfolgten. Vielleicht wollte man damit

einen Druck auf die Regierung in Warschau ausüben. Der Vorgang ist sehr reich. Das Genfer Abkommen verurteilt die Lebenshaltung des oberjüdischen Arbeiters beider Teile zu schützen. Die Praxis hat gezeigt, daß ständig ein Teil der Arbeiter gegen den anderen ausgespielt wird, daß die Unternehmer es in beiden Teilen vertehen, einen Druck auf ihre Regierungen zu Gunsten der Industrie auszuüben. Man fordert Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen mit dem Hinweis, daß drüben der Arbeiter billiger oder länger arbeitet. Ist auf der einen Seite der Grenze die Forderung der Industriellen erfüllt, dann kommt die

andere Seite natürlich mit noch weit verrückteren Ansprüchen. Fachleute, die sie begründen, finden sich schon. Siehe Geisenerheimer.

Der Vorgang ist sehr reich für die Arbeiter. Er zeigt die innige Verbindung zwischen den Industriellen und den Arbeitern. Die Leute wissen, was sie damit tun. Aber auch die Arbeiter sollten verständlich sein und eine bessere Verbindung mit ihren Klassengenossen jenseits der Grenze haben. Der Kampf, der drüben ausgefochten wird, ist ihr Kampf und umgekehrt. So viel Solidarität wie die Unternehmer müssen sie also auch schon aufbringen, zu ihrem eigenen Besten.

Aus dem Reich.

Freiheits-Märchen erzählt die „Schlesische Zeitung“. Sie trifft ihren Lesern unter Mißbrauch einer krassen französischen Quelle auf, daß Herriot in Paris wackelnden Genossen nur zehn Minuten empfangen haben soll und ihm angeblich eine Unterredung über innerpolitische Fragen abhielt. Tatsächlich hat Herriot in den letzten Wochen diese Stunden lang, zum Teil öffentlich, zusammen, um über internationale Fragen zu sprechen, wobei er Erleichterungen für Rheinländer und Ruhrgefangene erwirkte. Davon von der deutschnationalen Presse hat er dafür allerdings kaum etwas.

Kathenaufstern in Berlin. Für Dienstag, den zweiten Jahrestag der Ermordung Rathenaus, hatte die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins zusammen mit dem Reichsbanner Schwarz-rot-gold drei große Versammlungen gegen die faschistische Morde beschlossen. Die Versammlungen waren ungeheuer überfüllt. In der Neuen Welt im Rentoll sprach Philipp Scheidemann, im Westen der früheren hanteligen Landtagsabgeordnete Genosse Kiecklich und im Osten Berlins Adolf Hoffmann. Die Versammlungen nahmen alle einen glänzenden Verlauf. Wo die Kommunisten, wie bei Scheidemann, Störungen verurteilten, wurden sie von dem Sozialklub sofort an die Luft befördert. Nach Schluß der Versammlungen wurde ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer auf Lastautomobile, die mit den Farben der Republik geschmückt waren, durch Groß-Berlin zum Grab Rathenaus, der in Oberkornowide beigesetzt ist, befördert. Hier wurden von verschiedenen Abordnungen unter dem Schein von Kameraden niedergeburt. Genosse Philipp Scheidemann und der demokratische preussische Landtagsabgeordnete Kuschke hielten kurze Ansprachen.

Eine Rathenaus-Stiftung wurde gestern im Hause des Ermordeten durch den Reichspräsidenten eröffnet. Sie soll das schöne Haus mit seinen Kunstschätzen und seiner Bibliothek allgemein geistigen und kulturellen Vereinigungen zuführen. Der Stiftung gehören u. a. Stresemann, Kommerzienrat Deulich, Frau Kiecklich an.

Die Vorstandswahlen des Reichsverbandes der deutschen Presse ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden Baeker, Berlin, Freund, Berlin und Neumann, Berlin. Zweiter stellvertretender Vorsitzender wurde anstelle von Kasper, Berlin, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, Kasper, Berlin. In Schriftführern wurden wiedergewählt Zimm, Hamburg, Gießen, Frankfurt a. M. und Stoffers, Düsseldorf. Dritter Schriftführer wurde anstelle von Freyherm u. Biedermann, Dr. Dörrig, Berlin. Schatzmeister sind wie bisher Mohr, Berlin und Bernhard, Weitzer, Rippler und Herrlein.

Zur Sicherung der Redakteure im Alter und bei Invalidität wurde eine Entschädigung gefordert, die diese Sicherung in allererster Linie als Aufgabe und Pflicht der Verlagswirtschaft erklärt, da die wirtschaftliche Sicherstellung der Redakteure als notwendige Voraussetzung seiner dem öffentlichen Interesse gewidmeten Arbeit gefordert werden muß. Die Feststellung dieser Pflicht im Rahmen des Journalengesetzes wird vom Reichsverband der deutschen Presse mit aller Entschiedenheit verlangt.

Ferner wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, daß die Garantien der Pressefreiheit, die in der Sicherung eines funktionierenden gerichtlichen Verfahrens liegen, wiederhergestellt werden.

Kleine Auslands-Nachrichten.

Ein deutsches Aufnahmegerät in den Völkern wurde Erlola haben. Ein Korrespondent des „Sozialdemokratischen Dienstes“ hatte am Dienstag eine Unterredung mit dem französischen Arbeitsminister, in der er ihn fragte, wie sich Frankreich zu einem eventuellen Aufnahmegerät Deutschlands in den Völkern verhalten würde. Der Minister erwiderte, daß die französische Regierung und die öffentliche Meinung Frankreichs volles Vertrauen in die deutsche Demokratie hätte und sie diese Leistung Deutschlands, die die Wirtschaft und Bevölkerungswillens bedeute, begrüßen und moralisch unterstützen würde. Die deutsche Demokratie würde die volle Sympathie des demokratischen Frankreichs haben, wenn sie bei sich zu Hause müde und entschlossen den Kampf gegen die Völkerverweigerung aufnehmen würde. Man könne gewiß sein, daß bei solchen Beweisen einer neuen Demokratie und ehrlichen Gesinnung ein Aufnahmegerät Deutschlands eine sehr gute Aufnahme in Frankreich finden würde, das alles Interesse daran habe, diesem neuen demokratischen Deutschland den Weg in die europäische Völkergemeinschaft nicht zu verstellen. Ähnliche Meinungen maßgebender Pariser Politiker lagen bekanntlich bereits vor.

Herabgesetzte Einfuhrzölle in Polen. Der polnische Minister nahm am 21. Juni auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes den Text einer Verordnung des Staatspräsidenten betreffend die Herabsetzung der Zolltarife an. Die entsprechende Verordnung wird, wie der „N-Expres“ meldet, 15 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft treten. Sie legt den Einfuhrzoll für Schuwaren, fertige Wäsche und Konfektion herab.

Wieder Lärmjahren im Reichstag.

Auf der Tagesordnung standen zunächst die Handelsverträge mit Litauen und Estland, die die Weidbegünstigung festlegen und Verträge mit denselben Staaten, in denen auf irgendwelche Ansprüche aus den Ereignissen des Weltkrieges verzichtet wird.

Abg. Dr. Kohnberg (Komm.) äußerte sein Erstaunen darüber, daß die bereits im Juni 1923 unterzeichneten Verträge erst jetzt dem Reichstage vorgelegt werden. Abg. Dr. Bergsträßer (Dem.) führte Beschwerde über die Behandlung der Deutschen des Memelgebietes durch die litauische Regierung.

Abg. Graf Reventlow (Natio.) unterstützte diese Beschwerde und sah in dem Verträge mit Litauen die Gefahr, daß die Zuwanderung von Litauern nach Deutschland dadurch gefördert werde. Die Nationalsozialisten könnten diesen Verträgen nicht zustimmen, weil die Verträge nach Annahme des Sachverständigenberichts von Deutschland gar nicht gehalten werden könnten. (1)

Abg. Schütz (Nat.) erklärte, seine Fraktion werde den Vereinbarungen im Reichstage gemäß, erst im Auswärtigen Ausschusse zu den Verträgen Stellung nehmen.

Ohne weitere Aussprache wurden hierauf die Verträge dem Auswärtigen Ausschusse überwiesen. Es folgte das deutsch-polnische Abkommen über den ober-schlesischen Grenzbezirk.

Der Vertrag bringt Ausführungsbestimmungen zu dem Art. 238 des am 1. Mai 1922 in Gené unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien.

Abg. Laddach (Komm.) protestierte gegen das Abkommen, das den arbeitervindlichen Genier Vertrag durchzuführen wolle. Zweite Beratung angenommen.

Der Vertrag wurde ohne weitere Aussprache in erster und hierauf wurden die Anträge beraten auf Freilassung der politischen Gefangenen, Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten und des bairischen Generalkommissars und auf Einbringung von Gleichentwürfen über Straffreiheit für politische Straftaten, die von den Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gestellt worden sind. Von den Sozialdemokraten ist ferner ein Gleichentwurf eingebracht worden, der die Wiederaufnahme der durch Urteil bairischer Volksgerichte beschlossenen Straffreiheiten verlangt.

Abg. Graef (Hüttingen) (Nat.) verlangte die Amnestierung aller Teilnehmer des Kapp-Putschs, vor allem von Babst, Wittich und Jagow.

Abg. Saenger (Soz.) Das Urteil gegen Jochenbach sei von den herrschenden Rechtslehrern als falsch bezeichnet worden. Jochenbach dürfe nicht länger im Justizhaus bleiben. Andererseits werde nichts unternommen gegen die Weiterverurteilung von Kohn und gegen Herrn von Kahr, der gewohnheitsmäßig die Reichsregierung vertritt habe. Gegen angebliche Landesserräter von links sei dagegen mit äußerster Brutalität von der bairischen Justiz vorgegangen worden. Die von den bairischen Volksgerichten verhängten bairischen Strafen müßten durch ein Amnestiegesetz aufgehoben werden.

Abg. Jochenbach (Zentr.) erklärte, seine Freunde behielten ihre Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen für die Ausschlußberatung vor.

Abg. Söplem (Komm.) meinte, es würde eine Schandung der politischen Gefangenen sein, wenn man im Reichstage um Milde für die Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz bitten wollte. Der Jude Reich und der Christ Ludendorff seien alle zusammen Schurken. (Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Dr. Roth (Natio.) begründete die Anträge seiner Fraktion auf Amnestie der wegen des Kapp-Putschs, der Kührner Unruhen und des Münchener Novemberputsches Verurteilten. (Lärm der Kommunisten: „In die Arbeiter denken Sie nicht.“) Eine ungeheure Beleidigung ist es, wenn man von Ludendorff mit Bezug auf § 51 spricht. Lewine wurde mit Recht erschossen. (Ungeheurer Lärm.)

Vizepräsident Kießer unterbrach, als er des Lärms nicht Herr werden konnte, die Sitzung. Der Reichenaussschuß trat zusammen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab Kießer die Erklärung ab, daß die

Rede des Herrn Roth eigentlich rechtfertige, daß man ihn nicht weiter sprechen lasse, aber die kommunistische Fraktion ziehe es vor, ihre Demonstration gegen ihn dahin zu beenden, daß sie den Saal verlässe. Die sozialdemokratische Fraktion ist natürlich nicht gewillt, diesem kommunistischen Beispiel zu folgen und den deutschen Reichstag den Völkern zu überlassen. Kohn hat sich keine Rede in wünschlicher noch herausfordernderem Tone und frechen Gesinnung fortgesetzt, als er von mehreren sozialdemokratischen Abgeordneten lebendhändig unterbrochen wird. Er sagte es auf einmal den deutschnationalen Abgeordneten Lawerrenz, einen Mann, der sich auf seine großen Körperkräfte viel zu gute tut. Er hörte regelrecht auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Gaugreide ein, der ganz unbeweglich am Tisch des Hauses gesessen hatte. Dieser Vorfall war das Signal zu einem unangenehmen Tumult.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab Präsident Kießer die Erklärung ab, daß das Verhalten des Abgeordneten Lawerrenz auf einem Mißverständnis beruhe. Damit wurde der Zwischenfall beigelegt. Der deutschnationale Abgeordnete Roth beendete dann kurz seine Rede und hielt sich um von weiteren Herausforderungen fern.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) der Reichsdirektor des erschossenen Lewine, gibt eine Schilderung des Verfahrens gegen Lewine, die erschütternd wirkte. Als Rosenfeld an den Jahrestag der Ermordung Rathenaus erinnerte, erlaubten sich die Völkischen widerwärtige Gesandnisse, die auf der linken mit lebhaften Zurufen beantwortet wurden. Sehr ins Gedächtnis kam dann der völkische Abgeordnete Roth, als Rosenfeld feststellte, daß dieser mutige Mann trotz Kriegsverwendungsunfähigkeit während des ganzen Weltkrieges in München aufgehalten habe.

Roth mußte das in einer persönlichen Bemerkung betätigen.

Der Reichsrat des Reichstages beschloß am Dienstag, die im vorigen begonnenen Arbeitsperiode am Sonnabend zu beenden. Der Arbeitsstopp wurde für die einzelnen Tage wie folgt verteilt: Am Mittwoch kommen die Anträge über die Beamtenbesoldung und die Personalabbauperordnung zur Verhandlung. Die Donnerstagtagung soll bereits um 10 Uhr vormittags beginnen, zur Beratung stehen die sozialdemokratischen Interpellationen über die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit und sonstige sozialpolitische Anträge und Interpellationen. Für Freitag ist die Aussprache über die von Sozialdemokraten und Zentrum eingebrachte Interpellation wegen der Notlage der aus dem belebten Gebiet Ausgewiesenen, sowie über die deutschnationalen Anträge über die Aufwertungsfrage und die Notlage der Landwirtschaft und des Weinbaues vorgesehen. Am Sonnabend sollen diese Beratungen gegebenenfalls auf Erde geführt werden. Der Zeitpunkt des Wiedersamstags tritts des Reichstages hängt dann ab von der Fertigstellung der Gleichentwürfe zum Sachverständigenrat.

Der preußische Landtag

Der am Dienstag keine Beratungen wieder aufnahm, verabschiedete zunächst ohne Debatte eine Reihe kleinerer Gesetze, Entwürfe und Verordnungen. Dann folgte eine Aussprache über Anträge zur Hebung der Kreditnot in der Landwirtschaft. Dabei kamen teilweise recht erbauliche Dinge über die Verflechtung landwirtschaftlicher Kredite zur Sprache. Man erwähnte unter anderem, daß diese Kredite an alle möglichen Leute, teilweise auch an Pferdehändler, gegeben worden sind, die damit Geschäfte gemacht haben. Der Zentrumsrat verlangte ein Abwehrgesetz gegen den Rinswucher der Banken und kritisierte das Reichsstatut, das sich mit der Frage der Erhöhung der Industriezölle, aber nicht mit der der Agrarzölle beschäftigt habe. Nach der Annahme von Anträgen über Vorschläge zur Abhilfe der Kreditnot, Verlängerung der Rentenmarktkredite und Umwandlung der Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut vertrat sich das Haus auf Mittwoch.

Der weiße Schreden.

Roman von Andor Ragg.
Aus dem ungarischen Manuskript „Werrtragen“
von Stefan J. Klein.

„Mein, das ist wahrlich nicht klug.“
Und gerade bei mir, da Sie doch ganz genau wissen, welcher Meinung ich über Ihre Leute bin.“
„Verzeihen Sie, Sie sind eine so alte und unerbittliche Feindin von mir, daß es lächerlich wäre, wollte ich Ihnen gegenüber den Kampf aufnehmen.“
„Nun... Wir sind keine Freunde! Und wissen Sie, insbesondere in der letzten Zeit, während dieser verdammten jüdischen Diktatur.“
„Aber Sie sind ins Wort.“
„Sagen Sie mir bloß, was denn auch die Diktatur jüdisch? War auch ich an ihr beteiligt?“
„Ach, wie furchtbar! Wissen Sie denn nicht, daß alle Volkskommunisten Juden waren? Und daß kein einziger jüdischer Bauer erschossen wurde?“
„Dies ist ja eben das Furchtbare! Erstens nicht alle Volkskommunisten waren Juden, aber ich und Hunderte von den Weiseln, Einsofortigen und Verurteilten, wir waren Juden. Zweitens: erschossen wurde, wer sich auflehnte.“
„Unterbrechen Sie mich nicht!“
„Ich soll nicht unterbrechen! Herrscht die Kommune, so werde ich eingeperrt, weil ich ein Bourgeois bin. Siegi die Bourgeoisie, so soll ich mich aus dem Lande stellen, denn die Kommune wurde von Juden gemacht! Wo ist denn da ein bißchen Vernunft? Wohin soll ich denn gehen, wo soll ich leben, wo habe ich ein Recht zu leben? Und man jagt mir, marsch hinaus, denn ich vermöchte nicht zu einem Ungarn zu werden, andererseits aber reißt man mich selbst das ungarische Recht, daß ich einen ungarischen Namen annahm! Und überhaupt, jetzt ist es ein Er verflummt.“
„Aber was spreche ich denn hier“, fuhr er still, mit erzwungenem Lächeln fort. „Wahrhaftig, verzeihen Sie mir, was erzähle ich Ihnen solche Dinge, jetzt und gerade Ihnen?“
„Ja, und Sie haben mich unterbrochen. Nun... Ich wollte Ihnen...“
„Wahnsinn! Wissen Sie, insbesondere jetzt, da ich draußen wieder in meine alte Umgebung zurückgekehrt bin,

leben Sie, ich kann nichts dafür, ich maas ihre Klasse nicht leiden, lieber Abel. Nein, vergeblich, das sind ganz andere Menschen! Wissen Sie, nun bin ich voller Regiertheit. Diese Vorkehrheit, es ist nun einmal so, die Vornehmheit des geborenen Herrn, ja, und diese Schändlichkeit, wie sie leben, gehen, sprechen, sich unterhalten, und wie sie lieben, nur das allein gefällt mir...“
„Aber lächelt noch immer, aber nun nicht mehr erzwungen, sondern mit der unermesslichen Bitterkeit des überlegenen Menschen, dessen ehrlichen, wahren Glauben anzure zerschellen wollen. Dieses Lächeln sagte: ja, du elende Bestie, also bloß jene sind die Vornehmten, sprich nur, entbilde die häßlichen Gemeinheiten, jetzt dich nur ganz, du kleines, angefaultes Geschöpf, wähle nur in mir, ich verabscheue dich ohnehin!... Du hast Recht, nur jene sind die Vornehmten, denn du hast mir noch zu wenig geraubt, du, du Bestie!“
„Und wissen Sie“, begehrte sich Lola ungehemmt weiter. „Wenn ich Sie mit denen vergleiche, dann... Br!... Wissen Sie, Sie haben meinen Reichthum sehr mißbraucht, als ich einmal geheiratet habe: heiraten Sie mich.“
„Wäre es Lola eingefallen, Abel nun anzusehen, so würde erschrecken sein. Abel lächelte unheimlich. Sein verzerrtes Gesicht sagte: du Auswurf der Welt, wie niederträchtig ist doch dein böses Gesicht. Ich habe deinen Reichthum mißbraucht? Keine einzige Warnung hast du mir gegeben und heute sitzt du auf meinem Gut, in meinem Hause, du... du wie soll ich dich nennen? Du Waise!“
„Wissen Sie“, plapperte Lola weiter, „es kostete mich die größte Anstrengung, meine Magnatenkreunde zu behalten, denn ich war ja die Frau eines Juden geworden! Haben Sie eine Ahnung, was dies für die Frau eines Juden bedeutet? Sie können es sich ja denken.“
„Aber nicht spöttisch.“
„Das verdanke ich Ihnen!“ sagte Lola gereizt. „Sie hielten nun im Reden inne, schaute Abel an. Heilige Wut ergriffte sie.“
„Weshalb lächeln Sie so häßlich! Ich dulde das nicht! Auch dies ist das Größte Ihrer eifrigen Klasse, das prählende Größte darüber, daß Sie Geld haben! Unheimlich!“
„Aber ich würde, doch vermöchte ich kein Geld nicht zu glätten. Und nun lächeln keine Züge: aber unter Geld ist nicht ab-scheulich? Was?“

„Ich verabscheue Sie!“ tobte Lola. „Alles verabscheue ich, was von Ihnen kommt, dieses Raufel, dieses Gut... Doch werde ich den Stempel, den Sie all dem aufgedrückt haben, ichleumig fortzuwerfen! Ich sollte alldies wohl gar nicht annehmen! Soll mich wohl mit leeren Händen hinausstoßen lassen. Soll zum Teufel gehen! Soll glücklich sein, daß ich die Frau des angedigen Herrn Abel sein dürfte! Wenn ich nur kein Geld hätte?“
„Aber Sie sind in keine alte Weichheit zurück, denn Lola tritt mit Meisterhand auf jene Seite hinüber, die in diesem Menschen die empfindlichste war. Niemand möge glauben, daß er, der verachtete Jude, nicht dennoch ein vornehmer Mensch ist.“
„Bitte“, begann Abel ohne jeden Spott und in bitterem Ton, „sagen Sie das nicht, denn ich verdiene es nicht. Ich glaube, Ihr Rechtsanwaltschaft hat Ihnen bereits referiert: ich habe jedem Ihrer Wünsche entsprochen, verjagen Sie auch weiterhin über mich. Und auch Ihren neuen Wünschen, benehmen Sie mich zu sich gebeten haben, will ich mich ebenfalls völlig unterwerfen.“
Lola rauchte sich eine Zigarette an. Sie nahm Abels Worte entgegen, als wäre deren Inhalt und Wert so belanglos, daß sie nicht einmal eine Antwort verdienen. Sie blies lässig den Zigarettenrauch aus und sagte trocken:
„Es ist in Ordnung, wir können diese Fragen morgen mit dem Notar und meinen Anwälten, die ich herbestellt habe, erledigen. Leider können diese erst morgen kommen. Sie bleiben selbstverständlich hier und ich bitte Sie, es sich in Ihrem Zimmer bequem zu machen. Ich dachte, am liebsten würden Ihnen die Zimmer Ihres Großvaters sein, und ich habe auch schon die entsprechenden Anordnungen getroffen. Ich ließ dort alles heim Altan. Aber Sie können vielleicht auch diese Einrichtung möglicherweise lassen, denn ich kann den Plunder im Raftel nicht gebrauchen.“
„Ich danke Ihnen.“
„Und noch etwas. Heute abend werde ich Gäste haben. Offiziere, Angehörige der neuen Nationalarmee...“
„Wenn Sie gestatten“, begann Abel mit hinabgewürgter Aufregung, „ich möchte bitten, daß mir das Nachessen in mein Zimmer geschickt werde.“
„Wie es Ihnen beliebt. Sie haben recht, wir sind schon getrennt. Ihre Anwesenheit hier würde mich bloß beengern.“
(Fortsetzung folgt.)

Ausperrung in den niederschlesischen Eisenhütten.

Die im Eisenhüttenverband Niederschlesiens zusammengeschlossenen Hüttenwerke haben ihre gesamten Arbeiter und Arbeiterinnen, rund 6000, mit Wirkung vom Dienstag dieser Woche ausgesperrt. Den Anlaß zu dieser Maßnahme gab die Verbindlichkeitsklärung eines vom Schlichtungsausschuß in Pögnitz gefällten Schiedspruches, der in der Spitze einen Lohn von 14 Pfennig pro Stunde vorsieht. Die Werke sind angeblich nicht in der Lage, diese Lohnsätze bezahlen zu können. Bezeichnend ist aber, daß in anderen Gebieten des Reiches wesentlich höhere Löhne bezahlt werden. Wäre die Lohnhöhe ausschlaggebend für die Produktions- und Abgabefähigkeit, dann müßten die Betriebe in Schlesien an Aufträgen erkranken. Gewiß spielt die gegenwärtige Kreditnot eine Rolle. Es scheint aber, als wenn andere Gründe der Arbeitgebern wichtiger erschienen.

Bis zum 1. April waren die Eisenhütten dem Verbande niederschlesischer Metallindustrie angeschlossen. Man gründete eine eigene Organisation, offenbar um mit den

Löhnen und sonstigen Arbeitsbedingungen billiger wegzukommen zu können. Und weil nun die Arbeitnehmer diesen Wünschen nicht folgen, deswegen soll die Aussperrung helfen, die Arbeiter gefügig zu machen. Die Herren werden sich täuschen. Die Belegschaften sind gut organisiert und durchaus nicht geneigt, sich einschüchtern zu lassen.

Für alle Arbeiter mag dieser Vorgang eine Mahnung sein, ihren Organisationen treu zu bleiben und dahin zu wirken, daß auch der Letzte Mitglied wird.

Uebrigens haben auch die Metallarbeiter in den Betrieben des Verbandes niederschlesischer Metallindustrie, kriegerische Art, dem ausgebrochenen Kampf alle Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Arbeitgeberorganisation verlangt ab 20. d. Mts. einen Lohnabzug von 15 Prozent. Der gegenwärtige Lohn beträgt in der Spitze 48 Pfennige. Man sieht also Löhne von 38 Pfennig als ausreichend an, um das Leben fristen zu können.

Das sächsische Hüttenabkommen zum 1. Juli gekündigt!

Uns wird mitgeteilt, daß das sächsische Hüttenabkommen von den Arbeitnehmern zum 1. Juli 1924 gekündigt worden ist. Der derzeitige Schiedspruch des sächsischen Schlichters erregte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen. Deshalb, weil man durch Spruch den in den Hüttenbetrieben beschäftigten Arbeitern eine Arbeitszeit von 60 bis 72 Stunden auferlegte. Diese durchaus unsoziale Regelung hatte große mit Aufhebung der Befristeten geführte Kämpfe zur Folge. Die Wirtschaft wurde durch diese Regelung, da sie statt Ruhe brachte, immer gefährdeter. Schließlich mußte das durch Zwangstarif zustande gekommene Verhältnis gekündigt werden. Die durch diesen Vertrag entstandenen Verhältnisse waren aber für die Hüttenarbeiter der beste Ausweg. Einmütig wurde von den Vertretern der in Frage kommenden Konferenz die Kündigung des Hüttenabkommens verlangt. Geradezu erschütternd waren die Berichte der Vertreter über die Verhältnisse in einzelnen Betrieben. Ein besonderes Kapitel bildeten die in der Wagnitz in Lichtentanne. Die Betriebsleitung dieser Hütte legte ein besonders übermäßig hohes Benehmen an den Tag. Sie machte von ihrer 700 Verlorenen starken Belegschaft bekanntlich circa 400 Verlorenen und ich so über diese und ihre Familien namenloses Elend. Hieran hatte die werke Betriebsleitung noch nicht genügend ihr Mitleiden geübt; sie versuchte außerdem, die in ihren Wohnhäusern wohnenden und Gemahrgeliebten der Straße preiszugeben. Der beim Amtsgericht unternommene Versuch auf Zwangsäumung mißlang. Darum Vorhüt bei Wohnungen in Werkswohnungen! Im übrigen gleicht der Betrieb der Wagnitz einer Kaserne, wo die Betriebsleitung der ungetrübten Herrscher ist. Die Meister lassen sich leider dazu herab, die Arbeiter nach dem Muster der Betriebsleitung zu schultzeigen. Eine fürchterliche Erbitterung herrscht bei der Arbeiterschaft der Wagnitz.

800, „Johannesberg“ mit 700 und „Barmen“ mit 600 Mann Belegschaft wurde den Arbeitern zum 1. Juli gekündigt. Die Werke „Alte Eisenhütte“ hat ihre gesamte Belegschaft zum 23. Juni der Erwerbslosenfürsorge übergeben. 12 kleineren Betrieben liegt seit Oktober vorigen Jahres bzw. seit Beendigung der jüngsten Bergarbeiteraufwertung still.

Die betreffende Bevölkerung fragt sich mit Recht, ob diese Stilllegungen begründet sind. Nach § 65 des Allgemeinen Berggesetzes ist der Bergwerksbesitzer verpflichtet, das Bergwerk zu betreiben, wenn der Unterlassung oder Einstellung des Betriebes nach der Entscheidung des Oberbergamtes überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen. Das Oberbergamt hat in diesem Falle die Befugnis, den Eigentümer nach seiner Berechnung zur Aufrechterhaltung des Bergwerkes oder zur Fortsetzung des unterbrochenen Betriebes binnen einer Frist von sechs Wochen aufzufordern, und für den Fall der Nichtbefolgung dieser Aufforderung die Einstellung des Bergwerks zu verfügen. Den Betriebsstilllegungen im südlichen Randgebiete der Ruhr stehen ohne Zweifel überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegen und die Voraussetzungen des § 65 sind somit erfüllt. Es muß deshalb erwartet werden, daß das Oberbergamt sofort entsprechende Eingriffe. Aber auch auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes muß eingegriffen werden. Nach § 47 der Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz leitet der Reichskohlenrat die Brennstoffwirtschaft nach gemeinschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches. Nach § 49 hat der Reichskohlenrat das Recht, allgemeine Richtlinien für die Brennstoffwirtschaft zu geben, insbesondere zur Ausschaltung unwirtschaftlichen Wettbewerbs und zum Schutze der Verbraucher. Ferner hat er auch nach § 52 das Recht, vom Bergwerksbesitzer Auskunft über die brennstoffwirtschaftlichen Verhältnisse zu verlangen.

Kampfabbruch im sächsischen Bergbau.

Dresden, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung der sächsischen Bergarbeiter über Annahme oder Ablehnung des vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruches hat die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Ablehnung nicht gebracht. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses haben die Gewerkschaften die Forderung, den Kampf abbrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Im Vagau-Ostnieder-Gebiet hat sich die Arbeitsaufnahme glatt vollzogen. Die erste Schicht hat sich rechtzeitig an der Arbeitstelle gemeldet und ist angenommen worden. Im Zwickauer Revier sind dagegen von der ersten Schicht nur etwa 30 bis 40 Prozent zur Einstellung gekommen. Die Arbeitgeber begründen diese Minderzahl damit, daß zunächst noch größere Aufräumungsarbeiten gemacht werden müßten und der restliche Teil der Schichten voraussichtlich am Mittwoch früh ausfahren könnte. Dem größten Teil der Betriebsräte und fast sämtlichen Funktionären des Bergarbeiterverbandes im Zwickauer Revier ist eröffnet worden, daß sie nicht wieder eingestellt werden. Die Gewerkschaften haben erklärt, daß sie darüber eine Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums herbeiführen werden.

Aus Schlesien.

Sozialdemokratische Bezirkskonferenz.

Eine Konferenz der Parteioffiziere des Bezirks Breslau nahm am letzten Sonntag zu den schwebenden politischen und organisatorischen Fragen Stellung. Genosse M a c h e hat einen Bericht vom Parteitag. Er hob hervor, daß bei allen Einwendungen im Einzelnen schon das Lösungswort, das Gebüde des Preussischen Landtages, liegt, daß die Stellung der Arbeiterklasse in Deutschland heute eine andere ist, als ehemals. Gegen den Parteitag sei viele Kritik laut geworden, er habe aber ein Positionen gebracht, das von allen Seiten anerkannt werde. Die Beilegung des sächsischen Konflikts. Der Redner nahm Stellung zu den wichtigsten auf dem Parteitag erörterten politischen Problemen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Bezirk Breslau bald wieder mit an erster Stelle unter den Organisationen der Revolutionsmarschieren werde. Aufgabe der Parteigenossen im Lande sei es, auf Grund der vom Parteitag gegebenen Richtlinien jetzt zu arbeiten, und diese überall in Wort und Schrift zu propagieren.

Über das Organisationsstatut berichtete Genosse J a n o t z a. Er zeigte die Unterschiede der alten und der neuen Satzung und kündigte an, daß den Parteigenossen des Organisationsstatut binnen kurzem vorliegen werde.

Die Genossin F i l s sprach über die Arbeit der Arbeitswohlfahrtsvereine. Sie forderte, daß solche überall da, wo sie noch nicht bestehen, ins Leben gerufen werden; wir müßten den Aufgaben der Wohlfahrtspflege sehr viel Aufmerksamkeit schenken, wir können durch die Hilfe, die wir unmittelbar bringen, viele Menschen für uns gewinnen.

In der regen Aussprache beteiligten sich elf Redner; die von den Referenten aufgeworfenen Fragen wurden sachlich diskutiert. Es ergab sich, daß über alle Grundfragen in der Partei durchwegs Einigkeit besteht. Angenommen wurde ein Antrag, daß auf einer der nächsten Bezirkskonferenzen ein Tätigkeitsbericht der Provinziallandtagsfraktion gegeben werden soll.

Anschließend fand eine Sitzung des Arbeitsausschusses des Bezirksverbandes statt, in der beschlossen wurde, die Stelle eines Parteisekretärs in Oppeln auszufüllen.

Schweidnitz. Kreisversammlung für den Kreis Schweidnitz.

Schweidnitz, Sonntag, den 23. Juni, vormittags 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Stadt Reichenbach“ in Schweidnitz. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Organisation und Agitation (Referent R. Planke). 3. Was müssen die Gemeindevertreter von der Landgemeindefürsorge wissen (Referent Gemeindevorsteher Frau aus Nieder-Salzbrunn). Hierzu sind sämtliche Mitglieder und Vorstände im Kreise sowie sämtliche Gemeindevertreter und Kreisabgeordnete des SPD. des Kreises eingeladen.

Die Kreisleitung. J. A. R. Planke, Schweidnitz.

Die Kreisleitung. J. A. R. Planke, Schweidnitz.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Konzert in der Blindenanstalt.

Den ober-schlesischen Jünglingen der Blindenunterrichtsanstalt und den Jünglingen des Blindenheims wurde am letzten Sonntagabend durch das gute Konzert des Gesangsvereins heimatischer Ober-schlesier, Gem. Chor, eine große Freude bereitet. Der umsichtige musikalische Leiter, Seminaroberlehrer Alfred Gebauer, hatte als erfahrener Chormeister ein geschmackvolles Programm aufgestellt. Die ersten Chöre waren bis ins einzelne dynamisch fein abgetönt, rhythmisch fest und sicher, deklamatorisch deutlich und korrekt, getragen von einer vornehmen Disziplin. Besonders „Die Nacht“ von Schubert, „Der wandernde Mühlmann“ und „Der frohe Wandersmann“ von Mendelssohn, „Wanderschaft“ von Jöhner und „Des Kindes Sehnsucht“ von Bunsen zeigten von prächtiger Schulung und Blüte edler Stimmkultur. Die Volklieder drangen in ihrer ungekünstelten Schlichtheit tief in die Herzen aller begeisterten, bejauschenden Zuhörer. Konzertleiterin Frau Gertrud Tschile von Langen sang schön und edel imbrüet „Schuberts Almacht“. Mit dem neckischen „Hohes stolzes Mädel“ von Scholz rief sie zur Begeisterung hin. Eine willkommene Abwechslung und prächtige Gab waren auch die drei Sololieder des Konzertsängers Herrn Theodor Martin. Mit starkem festlichem Akzent und feiner Bravour brachte er besonders „Widmung“ von Schumann zu Gehör. Der Abend nahm durchweg einen prächtigen künstlerischen Verlauf und der spontane Beifall und Jubel „Auf Wiedersehen“ zeugte so recht, wie groß der Genuß der Zuhörer gewesen ist.

* In der Straßenbahn gestohlen wurde auf der Fahrt vom Leisingplatz nach der Stadt (Linie 21) eine goldene Herrenuhr, Nr. 54286, nebst einer goldenen Kette. Die Uhr war unten in der 2. geschloßen. Zweifelhafte Angaben erbricht das Polizeipräsidium, Zimmer 49, vormittags von 8-11 Uhr.

* Ein lebendes Bilderbuch für Erwachsene könnte man die große Ausstattungszene nennen, die im verflochtenen Winter der große Theaterfestivals Niens war. Auch in München, Leipzig, Dresden und Frankfurt a. M., wo die Revue in Gaskipien mit dem gesamten großen Apparat aufgetreten ist, blieben die Ausstattungswunder die Sensation und der Gesprächsstoff. Wie wir hören, kommt diese Revue auch nach Breslau, wo sie im Schauspielhaus im Juli aufgeführt wird.

Letzte Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur			Wind	Niederschlag	Bemerk.
	heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min.			
Krieger	15	21	19	WNW 2	2	wolig
Schneefelde	5	8	4	NW 5	5	Regel
Grünberg	19	—	13	W 3	5	heiter
Schreiberhau	11	19	5	SW 3	3 mm	halb bedeckt

Das morgige Wetter.

(Vorhersage der Wetterwarte Krieger bei Redaktions-Ende.) Die südlichen Enden von Stürmen, die im hohen Norden vorüberziehen, werden uns leicht streifen und uns bei ihrem Durchzuge vorübergehende Bewölkung bringen. Sonst bleibt die Lage unverändert.

Bereinskalender.

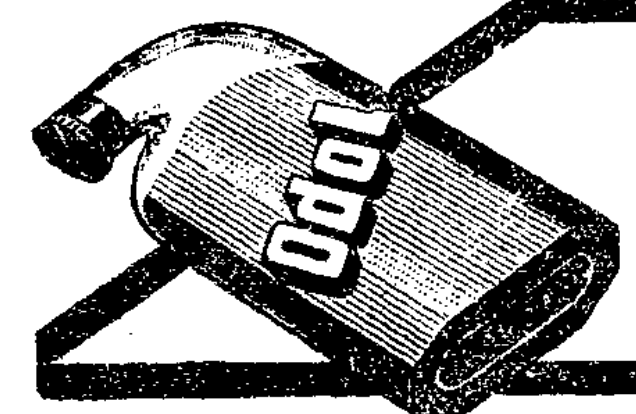
Holzarbeiter. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung siehe Inserat in heutiger Nummer.

Wagnitz, Arbeiter-Kugel! Alle Sportgenossen, die nach „Kugel“-Programme und Abzeichen abzurufen oder übrig haben, möchten dieselben am Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, bei Sportgenossen Erich Horn abgeben.

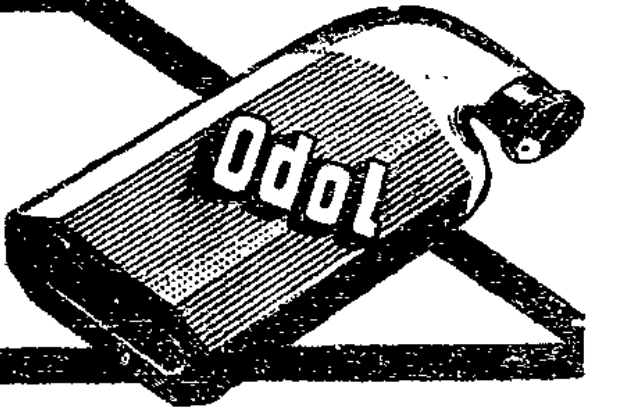
Wagnitz, Steinarbeiter! Donnerstag, den 26. Juni, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, eine Branchenversammlung der Steinmehnen und Schriftstauer statt.

Sportarten. Ordner-Versammlung. Morgen Donnerstag, den 26. Juni, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8; Zusammenkunft aller beim „Kugel“ auf der Rennbahn beteiligten Ordner. Erscheinen unbedingt notwendig. A. Gärner.

Werbt Mändig für unsere Zeitung!



Was das Odol besonders auszeichnet vor allen anderen Mundreinigungsmitteln, ist seine merkwürdige Eigenart, die Mundhöhle nach dem Spülen gewissermaßen mit einer mikroskopisch dünnen, dabei aber dichten antiseptischen Schicht zu überziehen, die noch stundenlang nachwirkt. Diese Dauerwirkung, die kein anderes Präparat besitzt, ist es, die demjenigen, der Odol täglich gebraucht, die Gewißheit gibt, daß sein Mund sicher geschützt ist gegen die Wirkung der Fäulniserreger und Gärungstoffe, die die Zähne zerstören. Odol ist wirklich gut.



Am 23. Juni, nachmittags, verschied plötzlich infolge Herzschlag unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante, die frühere Gastwirtin

Agnes Fuhrmann
geb. Seifert
im Alter von 64 Jahren.

Dies zeigen trauernd an
Breslau, Schönborn, Rothsbörn,
den 24. Juni 1924.

Robert Fuhrmann nebst Familie.
Paul Fuhrmann nebst Familie.

Beerdigung: Donnerstag, 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, von Halle I, Oswitz, nach St. Adalbert.

Verband der Lebensmittel- u. Getränkearbeiter Deutschlands.

Am 22. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Müller

Karl Bartzok
im Alter von 65½ Jahren. 6890
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle II des Oswitzer Friedhofes aus.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Breslau
Nachruf. 6828

Am 21. Juni verstarb der Kollege

Johann Kandziors.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Bestattungsamt
der Stadt Breslau
An der Elisabethkirche 3/4 (altes Elisabethgymnasium)
Fernsprecher: Mag. 320.

Reichhaltiges Sarg- u. Wäschelager. Vermittlung und Besorgung aller Leistungen für Erd- und Feuerbestattungen. Kostenlose Beratung in allen Bestattungsangelegenheiten.

Geschäftsstelle der Bestattungskosten-Versicherung der Schliesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt.

Die Beilegung, die ich geg. Hr. Klesner, Hr. Tschank, gedauert habe, nehme ich hiermit zurück. B. Böder.

Schulden???
Da mein Mann nicht mehr ist, kann ich auf seinen Namen keine Schulden machen.
Hedwig Roth, Schwitz, 24.

Schriftliche und gewerbliche Heimarbeit
Bericht, viele wertvolle Angebote. Prospekt frei. Bildpostkarte. Viele Dankbriefe. u. Geschenke. Off. u. 419 an Geschäft. d. Stg.

Buchhandlung Volkswald
Breslau 3. N. Bräunertstr. 8

Vorläufige Anzeigel

Nur
6
Tage

Beachten Sie die
reichillustrierte
Ausverkaufs-Preisliste
welche der
Sonabend-Nummer
beiliegt.

Sommer-Ausverkauf

Beginn: Montag, 30. Juni

Am Sonnabend, den 28. Juni, wegen Vorbereitungs-Arbeiten geschlossen!
Waren zu Ausverkaufspreisen werden **vorher** nicht abgegeben!

LEINENHAUS BIELSCHOWSKY

Nikolaistraße 74-76

BRESLAU

Ecke Herrenstraße

Stadttheater.

Mittwoch abend 7 Uhr:
Sannhäuser.
Freitag abend 7 1/2 Uhr:
Die Entführung
aus dem Serail.
Freitag abend 7 1/2 Uhr:
Iphigenie in Aulis.

Lobetheater.

Intendant: Paul Barnay.
Tel. R. 6774 und R. 6700.
Mittwoch, Donnerstag 8 Uhr
Gastspiel Alexander Moissi
„Gespensier“
Freitag abend 8 Uhr:
Gastspiel Alexander Moissi
Zum letzten Male
„Die letzten Masken“
Hierauf:
„Er ist an allem schuld“
Sonntag abend 8 Uhr:
Gastspiel Alexander Moissi
„Die Jüdin von Toledo“

Thalia-Theater

Dir.: Barnay u. Stössel.
Tel. Ring 6700
Heute u. täglich 8 Uhr:
Der größte Erfolg!
Ludwig Stössel
als Obermann in:
Die vertagte Nacht
Sommerpreis!
60 Stg. bis 200. 1.50.

Lieblich-Theater

Operetten-Saison
in vollkommen
neuer Ausstattung!
Der größte Erfolg
der Spielzeit!
Das Radiomädel
Musik von Paul Weiser.
Kurt Vepermann,
Hilma Varney, Fritz Spira,
Johanna Ewald, Josefine
Klein, Karl-Lorring.

Viktorie-

Theater 8 Uhr
Nur noch
3 Tage!
Gastspiel:
Gustav Rothe
Jenny's
Busen-
freund
Amerikanischer
Burlesken
Schwank, 3 Akte.
Sommerpreise
50, 50, 100, 120,
150, 175, 200, 250

Bitte bei allen Ein-
käufen stets
die Inserenten unserer
Zeitung zu berücksichtigen

So gehen wir vor!

Unser **gewaltiger** Preisabbau ermöglicht **Jedem**,
seinen Bedarf mit **reeller** Ware zu decken.
Kommen Sie, prüfen Sie unsere Qualitäten und Sie
werden von unserer **beispiellosen Leistung**
überzeugt sein.

Damen-Strümpfe feinstd. Bwll. früher 0.48, jetzt 0.33	Herren-Maccohemden gute Qual., Gr. 4 früher 2.75, jetzt 2.00
Damen-Strümpfe gut verstärkt, früher 0.55, jetzt 0.48	Herren-Maccohosen haltbare Qual., Gr. 4 früher 2.05, jetzt 1.75
Damen-Strümpfe Seidengriff früher 0.85, jetzt 0.62	Herren-Einsatzhemden mit Rippeinsatz, Gr. 4 früher 2.95, jetzt 2.25
Damen-Strümpfe Seidenfärb., schwarz früher 1.20, jetzt 0.98	Herren-Garnituren Jacke und Beinkleid, bunt, früher 5.75, jetzt 4.30
Damen-Strümpfe Macco, festes Gewebe früher 1.45, jetzt 1.08	Damen-Schlüpfer in vielen Farben früher 1.25, jetzt 0.88
Damen-Strümpfe Kunstseide, bunt früher 1.95, jetzt 1.55	Damen-Corsettschoner mit Häkelgarnierung früher 0.75, jetzt 0.48
Herren-Socken graue Baumwolle früher 0.45, jetzt 0.38	Damen-Hemdchsen weiß Baumwolle früher 2.45, jetzt 1.75
Herren-Socken in bunten Farben früher 0.65, jetzt 0.48	Kinder-Sweater halbfrei, 1/2 Arm, Gr. 0 früher 0.95, jetzt 0.62
Herren-Socken Macco, bunte Farben früher 0.95, jetzt 0.68	Kinder-Höschchen weiß, gestrickt, Gr. 1 früher 0.80, jetzt 0.55
Herren-Socken in neuesten Mustern früher 1.45, jetzt 1.08	Bade-Anzüge mit bunten Rändern, Gr. 70, früher 2.75, jetzt 1.95
Herren-Socken in Seidenfärb., bunt früher 1.45, jetzt 0.98	Sportwesten, reine Wolle, in schönen Mustern früher 16.75, jetzt 10.95

Das **gesamte** Lager ist
in gleicher Weise im Preise
abgebaut

Jedes einzelne Stück trägt
sichtbar den alten und
den neuen Preis

Donnerstag 9 Uhr vorm.
beginnt dieser Verkauf,
von dem man reden wird

Zipfelmützen, Kunstseide
früher 1.25, jetzt **0.78**

Taschentücher in größter Auswahl	Kinder-Söckchen mit breitem Wollrand Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 früher 0.45 0.58 0.65 0.75 0.88 0.98 1.08 1.18 1.28 jetzt 0.38 0.41 0.45 0.51 0.56 0.61 0.66 0.71 0.76	Kinder-Strümpfe haltbare Qualitäten Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 früher 0.65 0.72 0.79 0.85 0.92 0.98 1.05 1.12 jetzt 0.44 0.49 0.54 0.59 0.64 0.69 0.74 0.79	Damen-Handschuhe früher 0.55, jetzt 0.62	Taschentücher in größter Auswahl
--	---	--	---	--

E/E Ring 7 **Eckersdorff-Platz** Ring 7 **E/E**

Breslauer Hallenschwimmbad
Zwingerstraße 10/12
Inhalatorium
Trockengas-Inhalation nach Prof. Dr. v. Karff
Außer Sonntags täglich geöffnet von 8-8 Uhr.

Platzmeister
für großes Baumunternehmen in Breslau sofort oder
später gesucht. Derselbe muß mit der Baubranche
gut vertraut und in der Lage sein, über eine größere
Menge an Holz selbständig disponieren zu können.
Geht. Offerten unter St. 428 an die Geschäftsstelle
der „Volkswacht“.

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Juni.

Sozialdemokratische Partei.

Elternbeiratswahlen.

Morgen Abend pünktlich 8 Uhr Eltern-Versammlung bei Freyer, Vöpelwitzer 36...

Abteilung Süd-West. Freitag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, Eltern-Versammlung bei Bräuer, Gabigstraße.

Abteilung Süd. Freitag, den 27. Juni, Eltern-Versammlung bei Langner, Auguststraße 96.

Abteilung Scheitling. Freitag, den 27. Juni, Versammlung im Lokal „Gürtel-Krone“, Nützenstraße.

Direktionsleiter von Mikolaiter. Heute Abend müssen die Handzettel zu der morgen stattfindenden Elternversammlung...

Beamten-Vertrauensleute der SPD. Heute Abend pünktlich 8 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12.

Frauenleiterinnen. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, Sitzung im Parteisekretariat.

Jugendsozialisten und Arbeiterjugend. Donnerstag, abends 8 Uhr, spricht Schmidt über „Jugendsozialismus“.

Die Arbeitsfähigkeit der Stadtverordneten.

Lohnwachhu im Ausschuss. - Die Liebesgabe an die Grundstückspekulanten.

Schon bei der ersten, wichtigsten Frage verlag das Parteimitglied, das die Wähler am 4. Mai auf das Rathaus geschickt haben...

Die Steuerordnung wurde zur weiteren Bearbeitung dem Ausschuss und dem Grundeigentumsausschuss überwiesen.

Am Montag stand nun die Beratung erneut an. Der sozialdemokratische Antrag ging dahin, die Steuerlast auf die geleistete Höchstleistung zu bringen.

Nun wurde in die Beratung der einzelnen Paragraphen eingetreten. Zum § 1 wurden die Anträge der Bodenreformer abgelehnt.

Nachdem so alle Änderungsanträge zum § 1 abgelehnt waren, verlangten die Bürgerlichen unter demokratischer Führung besondere Abkündigung über den ganzen Paragraphen.

Damit hatten die Ausschüsse ihre Arbeitsunfähigkeit bewiesen. Von einem Zusatz im Plenum hängt es ab, ob eine der gerechtesten aller Steuern, eine Steuer auf arbeitslosen Gewinn, zur Einführung kommt.

Spekulationsgewinne mit 20 bis zur geschlichen Höchstgrenze von 50 Prozent versteuern wollen, dann erdrosseln sie angeblich den ganzen Grundstücksverkehr.

Scherben im Hauptauschuss.

Die Sozialdemokraten ziehen aus.

Hatte man am Montag im Finanz- und Grundeigentumsausschuss der Stadtverordneten-Versammlung hunderttausende an Grundstückspekulanten zu verurteilen...

Der Haushaltsplan der Volksschulen stand zur Verhandlung. Der sozialdemokratische Berichterstatter stellte Anträge auf Verbesserung bezüglich der Lehrmittel, Erhöhung der Summe für Schulbücher, Schreib- und Zeichenbedarf für arme Kinder.

Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder Rasch, Frey, Diez und Mittelsch verließen daraufhin die Sitzung mit der Erklärung, daß sie an der weiteren Haushaltsberatung in dem so zusammengefügten Ausschuss kein Interesse mehr haben.

Die ganzen weiteren Arbeiten des zum Rumpf gewordenen Ausschusses dürften wenig Wert haben, denn unsere Genossen werden sicher ihre Anträge im Plenum stellen und zur Verhandlung bringen.

Wichtig! Ausschneiden! Aufheben! Wichtigen! Der Arbeiterschaft Breslaus vor Kenntnisnahme, daß Hafelbach-Bier in folgenden Lokalen zum Ausschank kommt:

- Viechshöhe, Gasse, Herzogstraße, Weidner, Clevenstraße, Spezialauschank der Ramlauer Brauerei, Promenade, Ecke Neue Gasse, Reihler, Blücherstraße 10, Des weiteren ist Ramlauer Bier abgelehnt worden bei: Paul Mehl, Weinstraße 4, Stadt „Dhlan“, Klosterstraße 140, Ernst Fischer, Weidenburger Platz, Reichh Schmeder, Blücherstraße 14, Gottschalks Brennerei, Blücherstraße 3, Schwirtz Benich, Dsmik.

Wer Ramlauer Bier trinkt, in Wirtschaften verkehrt, wo dieses ausgeführt wird, unterstützt ein reaktionäres Unrechtswesen und jagt die Arbeiterschaft, die schon länger als 10 Wochen im Kampf steht.

Verband der Lebensmittel- und Getreidehändler Deutschlands.

Seid ihr gerüht! Nicht in der Faust - im Hirn liegt die westerobernde Kraft.

Haben diese Worte des alten Liebknecht aus dem Jahre 1887 an Bedeutung irgendwie eingebüßt? Haben nicht gerade die letzten Jahre gezeigt, was die blutwürgende Faust ohne Leitung des Hirns Schreckliches anzurichten vermag?

Es ist heilige Pflicht eines jeden, der den Ehrennamen Sozialist beansprucht, mitzuhelfen, den Boden zu bereiten, die Fackel des Wissens hineinzutragen in das Dunkel der Dummheit und Unwissenheit.

Die nachhaltigste Aufklärung der Massen geschieht durch Verbreitung sozialistischer Literatur, die ruhig und sachlich und überzeugend die wahre Gestalt des Sozialismus dem Unkundigen enthüllt.

fast täglich neue Probleme auftauchen und durch Broschüren und Bücher erschlossen werden?

Genossinnen und Genossen! Was soll es weiter der Werte! Der verantwortete Werbemonat für Verbreitung des Wissens durch das sozialistische Buch ruft euch alle auf den Plan.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bund republikanischer Kriegsteilnehmer.

Sonnabend, den 28. Juni, findet im Friebeberg am Reichspräsidentenplatz die Bannerweihe, verbunden mit einer Rasthau-Gedächtnisfeier statt.

Morgen Donnerstag, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Garten des Gewerkschaftshauses, wichtige Besprechung der Bannerführer, Banner-Träger und Begleitmannschaften.

Banner 10. Freitag abend 7 Uhr bei Heinrich, Andersenstraße 39, Versammlung. Zugführer 6 1/2 Uhr.

Banner 2 (Scheitling). Versammlung Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der „Gürtel-Krone“ Nützenstraße.

Jugendbanner 2. (Alle Straßen zwischen Bohrauer, Menzel, Kaiser-Wilhelm-Straße, Schauer Stadtgraben, Ohlauufer und Weidendamm.) Sämtliche Mannschaften treten Donnerstag abend 7 Uhr im Garten des Gewerkschaftshauses an.

Jugendbanner 4, West. Auftreten sämtlicher Jungmannschaften 7 1/2 Uhr am „Reihen Keller“. Außer den 10 Kommandierten.

Jugendbanner Süd. Die Kameraden treffen sich Donnerstag, den 26. d. Mts., pünktlich 7 Uhr abends, im Garten des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17. Alles hat zu erscheinen.

In Unnade gefallen. Der „überparteiliche“ Kleinrentnerbund in Breslau hat bekanntlich einen Vorstand von Berionen, die sämtlich als Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei wiederholt in der Öffentlichkeit hervorgetreten sind.

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Zur Frage des Schulgeldes für Auswärtige sagt die „Arbeiterzeitung“, daß Eltern aus Rosenthal wegen Unbesitzlums der dortigen Volksschule ihre Kinder nach Breslau schicken müssen, und fährt fort: „Wenn nun die „Volkswacht“ darauf hinweist, daß bedürftige Eltern von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden können, so ist darauf zu erwidern, daß die Arbeiter, die in Breslau keine Wohnung bekommen und nach den Vororten ziehen, es nicht nötig haben, sich Freischule zu erbetteln.“

Von köstlich erfrischendem, würzigem Geschmack. Die stundenlanganhaltende, antiseptische Wirkung konserviert die Schleimhäute und aromatisiert gleichzeitig den Atem.



Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnelages ist augenfällig.

J.G. MOUSON & CO. Gegründet 1798 in Frankfurt a.M. • Hersteller des weltbekanntesten Hauptpflegemittels CREME MOUSON

Unser

Saison-Ausverkauf

beginnt Montag, den 30. Juni

**Die folgenden Inserate
bringen einige Beispiele unserer großen
Preisherabsetzungen**

Stein & Koslowski

Leinenhaus * Wäschefabrik

Breslau Ring 25

Sensationelle Neuheit!

Meteor-Resonanz- Sprechmaschine D. R. P. u.

der kleine Musikapparat
von unerreicher Technik

für Haus, Sport und Reise

äußerst stabil — handlich.
Jede Schallplatte verwendbar, unvergleichlich mit
ähnlich angepriesenen Apparaten.
Vorführung bereitwilligst

Nur 48.— Mark.

**Planohaus
Carl Quandt**

6883 G. m. b. H.
Breslau I, Ohlaustr. 45.
Jedes Instrument bringt neue Kunden.

10% Rabatt.

Spezial-Gardinen- Angebot!

Beispiel: 6840

„Noch billigere Preise.“

Stores und Bettdecken 5.50
Tüll-Fenster-Garnitur (3 teil.) 8.—
Madras- bunte Garnitur (3 teil.) 11.—
Filz-Stores, echte Handarbeit, alle Preislagen.
Größte Auswahl auch in den modernsten Neuheiten für
Fenster und Erker.
Viele Empfehlungen.

Maria Leder
Sächsische Gardinen-Handlung
Luisenplatz 14, I.
Kein Laden. 8—6 Uhr. Kein Laden.

Wenn die Hitze noch so groß,
Und Du ermattet bist, mein Lieber,
Greife zu **Sinalco** bloß,
Das gibt Dir Deine Kräfte wieder.

Blumen vergehen, Bücher bestehen!

Gute Geschenkliteratur
zu allen vorkommenden Gelegenheiten
hält in reichster Auswahl!

Vollmacht-Buchhandlung
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5
am Lager.

Der Besuch unserer Buchhandlung ist lohnend.

Zahlstelle und Auskunftstelle bez. Grabpflege-
gebühren der städtischen Friedhöfe Gräbner,
Dwiger Straße, Cöfel,
Beratungstelle in Grabdenkmalangelegenheiten,
An der Elisabethkirche 3/4, Erdgeschoss, rechts.
I. Zahlstelle Zimmer 8 für Gelderhebung zur Be-
gleitung von Friedhofsanordnungen, Auskunft über die Be-
günstigungslage für Grabpflege und ähnliches, Annahme von
Bestellungen auf Grabpflege einfacher Art bei genauer Be-
zeichnung der Grabstätte (Abfertigung zwischen 8^{1/2} und
2^{1/2} Uhr).
Am übrigen erfolgt die Abfertigung aller Grabpflege-
sachen nach wie vor noch in der Inspektionsbüros auf den
oben genannten Friedhöfen (8—3^{1/2} Uhr).
II. Neben der Zahlstelle befinden sich die Geldkassen-
räume der städtischen Friedhofsdirektion, die u. a. zur Aus-
kunft und kostenlosen Beratung in allen Grabdenkmal-
angelegenheiten berufen ist; es wird dringend empfohlen,
diese Beratung soweit als möglich in Anspruch zu nehmen.
Der Magistrat — Friedhofverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband
Verwaltung Breslau.
Donnerstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
**Außerordentliche
Mitgliederversammlung**
Tagesordnung:
Bericht über den Vertrag und Durchführung von Extrabelträgen
Erfcheinen aller Holzarbeiter unbedingt notwendig!

Haupt-Zuschneideturse
für ff. Herren- und Damenmoden
beginnen am 16. Juli 1924 an der bekannten priv. Zu-
schneideturse von Augustin Winkler, ehemals, lang-
jähriger Lehrer der Akademie Rudolf Maurer, Berlin,
jetzt Breslau I, Schillerstraße 77 a, II.
Zeitliches, seit 1908 bestrenntestes Institut des Ostens.
An eleg. Rahmen und Sicherheit ohne Anprobe unüber-
troff. System, daher auch für Konfektion Konfektions-
Teilnahme gestattet. Schnittmusterverkauf.

Kleine Anzeigen
sind kompakt gesetzte ein-
seitige Anzeigen, die in den
Anzeigen u. Verkäufen, Kaufge-
suchen u. n. von Privat-
Wort 3 Pig., f. 4 Pfenning.

Gelegenheitsauf. Ein
Schmiedesehm. Grabstein billig
zu verkaufen! Mühlentischstr. 2
IV. Etage bei über. 6883

Druckerei Vollmacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2, Mühlentischstr. 46

Wir brauchen Geld

weil wir große Posten
Brosen, Bürsten, Pinsel, Kämmen, Federn,
Schneidmesser etc. in unserem Geschäftslokal

auf der Oderstraße

zu bekannt niedrigen Preisen zum Verkauf bringen.
— Benützen Sie diese Gelegenheit zum Einkauf. —

London & Co., Oderstraße 5.
G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Geigen

Lauten etc.
auch auf Teilzahlung.
Saiten — Bestandteile
in größter Auswahl.

Piano-Neumann
Neue Graupenstraße 13.

Anzüge

Selbstkostenpreis
verlaufe ich 6894

Anzüge
sagen von 20 Mark an.

Tauernienstraße 93
Herrenbekleidung.

Anzug

Hinter, Hosen
aus eigener Werkstatt
verkauft billig 6884

Winkler, Schneidmesser
Neue Graupenstraße 5, I.
Teilzahlung gestattet.

Küchen

7-teilige 6876
elegante u. einfache Ausf.
von 85 Mk. an.
Reizvoll bei allen Zahlungs-
bedingungen.

Max Giesel
Bräuerstraße 23.

Sozialistische Monatshefte

Redigiert von Joh. Blum
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50

Bestellungen bei allen Zei-
tungsanstalten u. der Volkswacht-
Buchhandlung, Breslau III.

Luna-Park

Auf die Nr. 92318 wurde eine Küchen-Einrichtung
und auf Nr. 01255 ein eich. Schlafzimmer ausgelost.
Die Gewinner werden nochmals ersucht, sich bis
zum 27. d. M., nachm. 5 Uhr, bei uns zu melden, da
nach Ablauf dieser Frist die Karten ihre Gültigkeit ver-
lieren. Das eich. Herrenzimmer erhielt Fr. Gernoth,
Promnitzstraße 28, auf Nr. 64335.

Täglich Tanz in Alt-Wien

Großes Gartenkonzert

Aufreten erster Attraktionen im Vergnügungspark
Jeden Dienstag und Donnerstag: **Verkehrter Ball**

Beginn Montag
d. 30. Juni 1924

Gefa Haus
Tauerntienstr. 6

*„Wunder der
Welt“*

Gefa!

Unvergleichlich
billige Preise
trotzdem - gute Qualität.

Schauspielhaus / Operettenbühne

Die letzten 7 Aufführungen

„Die Perlen der Cleopatra“

in der Berliner und Wiener Original-Ausstattung.
Gastspiel Edith Karin und Curt Wollram.

Mittwoch, den 2. Juli und täglich:
Gesamtgastspiel des Wiener Ronacher-Theaters: **„Wien gib acht“**
Große Ausstattung-Revue in 11 Bildern.

Sozialistische Literatur-Rundschau

Kurze Hinweise.

Antisemitismus unter dem Deckmantel der Völkerverjüngung ist aufsteigend die neueste Spezialität, in der neuer angelegliche „Kaffen“-Sack keine Geschäfte zu machen versucht. Mit dem anladenden Titel „Brüden führen über den Rhein — Brüden und keine Vajetten“ ist in einem sonst kaum bekannten „Drei Sonnen Verlag“ in Leipzig vorzüglich von einer Französin eine Schrift erschienen, für die zurzeit lebhafteste Propaganda gemacht wird. Nachdem auf den ersten 47 Seiten unter der falschen Maske der Objektivität Anklagen gegen die französische und deutsche Regierung, Anklagen gegen das „jüdische Nationalgefühl“ misshandelt, französische und deutsche Volk in primitivster und der Wahrheit oft ins Gesicht schlagender Form erhoben werden, dienen die letzten 29 Seiten der wahren Absicht des Buches, wütenden Antisemitismus zu predigen. Schuld an Krieg, Revolution und Völkerverjüngung ist einzig die nach alleiniger Welt Herrschaft strebende jüdische „Rasse“. Er will ihr Ziel auf dem Wege der Verbeugung aller nichtjüdischen Völker erreichen, und der „jüdische Weltkrieg“ 1914—1918 sollte die Einleitung zur großen jüdischen Weltrevolution sein. Es verlohnt sich in der Tat nicht, auf diese weitere Anbahnung notorischer Unwahrscheinlichkeiten, sinnloser Unterstellungen, alberner Lächerlichkeiten noch näher einzugehen. Wichtig erweist nur der Hinweis auf dieses an sich so unbedeutende Machwerk, um einer Irrführung durch Titel und Reflaxe vorzubeugen.

Freigeld?

Obwohl vor aller Augen liegt, daß die Lebenshaltung des Menschen nicht von der Summe Geldes, über die er verfügt, abhängt, sondern von der Menge an Gütern, die er beziehen kann, obwohl der Arbeiter jeden Tag empfindet, daß das Kapital, welches dem Unternehmer keine Nachstellung im Produktionsprozeß verleiht, nichts ist als eine Summe realer Produktionsmittel, mag es auch noch so sehr in Geldform ausgedrückt werden — gibt es in Deutschland eine politische Bewegung von nicht zu unterschätzender Umfange, die unter dem Schlagwort „Freigeld“ vertritt, alle Uebel des Kapitalismus durch eine bloße Geldreform zu heilen. Es ist demnach wert, daß von sozialistischer Seite neuerdings in klarer und gemeinverständlicher Form gezeigt wurde, wie widersprüchlich und verworren die Gedankenwege dieser Freigeld-Bewegung sind. Conrad Schmidts glänzende Streitschrift „Geld- und Schwundgeld-Zwischen“ gibt allen ökonomisch interessierten Parteigenossen das theoretische Rüstzeug zur Bekämpfung jener Phantasmen in die Hand, gegen die vor 80 Jahren schon Margens berühmte Kampfschrift „Das Elend der Philosophie“ gerichtet war.

Die Lehre der Freigeld-Bewegung, in Deutschland, vor allem vertreten durch Silvio Gesell, hat zwei Clappen durchlaufen. In der älteren beschränkt sie sich auf den Vorschlag der Einführung eines „Schwundgeldes“, das automatisch jede Woche 1 Prozent seines Wertes verlieren sollte, während der Staat an Stelle des so aus dem Verkehr verschwindenden Geldbetrages neue Summen zur Befriedigung seines Bedarfs drucken sollte. Es ist nämlich die absurde Vorstellung, daß alle Kräfte der heutigen Wirtschaft nur daher kommen, daß das Geld nicht schnell genug von einzelnen ausgeht, sondern „schwarz“ wird. Nun ist vor rorherin klar, daß auch Sparen im allgemeinen Geldausgeben bedeutet, nur nicht für Verbrauchsgüter, sondern eben für Produktionsmittel zur Erweiterung alter oder Gründung neuer Unternehmungen; denn der Sparer trägt ja kein Geld auf die Sparfasse ab, von wo es an den Unternehmer zu dem bezeichneten Zwecke ausgeht. Sehr viel seltener und im allgemeinen unwichtig ist der andere Fall, daß das ersparte Geld zu Hause im Geldkasten aufgehoben wird, der unwahrscheinliche Ausfall der Nachfrage, der zeitlich hieraus entstehen kann, wird mehr als wettgemacht durch die Kreditgewährung seitens der Banken.

Welche verheerenden Folgen ein solches Schwundgeld, wie es Gesell propagiert, für den Gang der inländischen Produktion, für die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland (Devisenfrage) und vor allem für die Arbeiterklasse selbst, in deren Händen stets ein verhältnismäßig großer Teil des Sozialprodukts sich befindet (der Unternehmer hat die Fabrik und Bankguthaben) haben muß, das haben uns allen die Zeiten der Inflation mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt: das Ideal des Gesellschen Schwundgeldes, das jeden Tag an Wert verliert und eine ungeheure Umlaufgeschwindigkeit bekommt, ist in einem Umfange erfüllt worden, den er sich selbst wohl nicht hätte träumen lassen. Auf die Dauer läßt sich natürlich keine Volkswirtschaft ein solches sich ständig entwertendes Geld gefallen, sondern verläßt sich ein wertbeständiges. Und es ist ja auch ganz klar, daß der Unternehmer wie der Arbeiter die Möglichkeit haben muß, zuseiten Teile seines Einkommens in flüssiger Form bereitzubehalten, bis er den Zeitpunkt für den Wareneinkauf für gegeben hält.

Diese Lehre war allzu deutlich, als daß nicht auch Silvio Gesell sich bewegen gefühlt hätte, sein Programm ein wenig zu ändern und auch in den Vordergrund zu schieben den Kampf gegen die Geldwährung und — man höre und staune! — für ein möglichst wertbeständiges Geld. Durch Vergrößerung und Verringerung des Geldumschlages will er nun das Preisniveau möglichst stabil halten; er nimmt hier Ideen auf, die auch von der modernen erflachten Nationalökonomie (S. N. Kennes) propagiert worden sind — freilich versteht er sie nicht. Er glaubt nämlich im vollen Ernst, daß Stabilisierung des Preisniveaus Aufhebung aller Konjunkturen und stabiles Reallohn des Arbeiters, stabiles Reallohn kommen der einzelnen Glieder der Volkswirtschaft überhaupt bedeute.

In Wirklichkeit haben natürlich Konjunkturen und Krisen viel tiefer gehende Ursachen. Wenn die Ernten schlecht ausfallen, gibt es weniger Getreide zu verzehren, man Herz Gesell auch noch so viel Papiergeld drucken, wenn die Bergwerke unergiebiger werden, so ist das höchstens durch mehr Arbeit, aber nicht durch Geldvermehrung auszugleichen; wenn infolge eines Irrtums der Unternehmer zuviel Maschinen und zu wenig Textilwaren produziert werden, so wird auch Herz Gesell nicht verhindern können, daß ihre Arbeiter es mit zu büßen haben. Wenn der Arbeiter ein zu niedriges und der Unternehmer ein zu hohes Einkommen hat, so nützt es wenig, wenn die Preise im Durchschnitt stabil bleiben. Ueberhaupt verfolge man nie, daß nur das durchschnittliche Preisniveau selbst, stabilisiert, daß aber nie verhindert werden kann, daß die Preise ein oder zwei Waren in die Höhe gehen (nur gehen dann dafür andere Warenpreise herunter!). Alles in allem: wenn heute zuseiten die Preise steigen, ohne daß der Lohn des Arbeiters mitsieht, so werden bei einem Stöken der Stabilisierung des Preisniveaus die Löhne sinken, während die Preise ungefahr gleich bleiben.

Das Freigeldprogramm verpöppelt Gesell neuerdings mit der Forderung: „Freiland!“ Nun leugnet niemand, daß bei einer stärkeren Bedienung ländlicher Bezirke, wie sie bei Verwirklichung durch Kleinbauern stattfinden würde, der industrielle Arbeitsmarkt weniger überfüllt und die industrielle Reserve-Armee verringert wäre. Aus diesen wie aus anderen Gründen tritt die SPD. für innere Kolonisation ein. Aber da unmöglich alle Proletarier Kleinbauern werden können, weil in der ganzen Welt nicht genug Platz vorhanden ist und weil es doch auch Industrie geben muß, so wird damit der Profit und der Lohn nicht abgeschafft, ohne den der Unternehmer im Kapitalismus dem besten Willen nicht produzieren könne; nicht umsonst kämpft die Arbeiterklasse der Welt seit zwei Menschenaltern gegen die heutige Wirtschaftsordnung für Sozialismus. S. N.

Buchbesprechungen.

Günther Dehn. „Die religiöse Gedankenwelt der Proletarierjugend“. In Selbstzeugnissen zusammengestellt. Fuchs-Verlag in Berlin.

Der Verfasser, ein Berliner sozialistischer Pfarrer, hat sein Material teils aus Unterhaltungen über religiöse Fragen mit der 14- bis 18-jährigen Proletarierjugend in den Fortbildungsschulen erhalten, teils auf Anfragen, die in einzelnen Klassen angestellt wurden über „Gott, Hölle, Tod“, „Gott, Aufricht, Natur“, „Gott, Freiheit, Vaterland“, „Meine Erinnerungen an den Konfirmandenunterricht und die Entgegnung“, „Meine Gedanken und über Gott und Religion“. So sind 3600 Jungen und Mädchen befragt worden, deren Antworten Dehn in fleißiger, anerkannter Arbeit in dem vorliegenden Schriftchen vorlegt. — Als ich vor rund zehn Jahren in Friedrichs „Tat“ Selbstzeugnisse der noch nicht konfirmierten, in meinem Lehrjahre vereinigten Jugend (und später erweitert in der Schrift „Kind und Gottesglaube“) veröffentlichte, da waren es gerade die religiösen Gesinnungsgenossen des Pfarrers Dehn, die über mich herfielen, mich in Acht und Bann rufen und die Reklame meiner Unterweisungen als erschlichen bezeichneten, als Frucht meines Unterrichts. Und nun vergißt man einmal die „Selbstzeugnisse“ jener 12- bis 14-jährigen Kinder, mit denen der 14- bis 18-jährigen Jugend! Diese sind die Selbstzeugnisse jener, wenn sie älter geworden sind, ohne daß sie an Tiefe gewonnen hätten! Aber beide Male dasselbe Bild: das der „religiösen Aufklärung“. Aber Dehn es bezeichnet, während wir behaupten: es ist das Bild der religiösen Irrlehre! Weil die Proletarierjugend nur eine irdische Religion kennt, darum ist sie ihr, wie Dehn selbst, tatsächlich „etwas Fremder“ geworden. Gott ist ihr ebenfalls das Objekt für rationalistische und logische Denkfahrungen oder — bei denen, die „glauben“, in echt orthodox-irrtümlicher Weise — das Mittel zur Befriedigung egoistischer Schutzbedürfnisse. „Von dem gantem Religionsunterricht“, so stellt die Schrift sich „ind paar orthodoxe Broden kangen gelieben. Eine lebendige Beziehung zur Kirche ist nicht vorhanden.“ Das ist die Lage der 14- bis 18-jährigen Proletarierjugend, trotz der sonstigen Volksschule, trotz des religiösen Aufges, der durch unsere Zeit geht, trotz der gesteigerten Tätigkeit der Kirche.

Nun steht Dehn was richtig, daß „die religiöse Lage der Arbeiterkinder ihr Schicksal“ ist, d. h. „aus der Gesamtsituation resultierend“. Mit anderen Worten: sie ist aus unserer Wirtschaftsordnung heraus entstanden, der Kapitalismus hat sie verschuldet! Aber trägt die Kirche nicht die Hauptlast, daß sie sich nicht mit aller Macht gegen diesen heidnischen Kapitalismus wandte und sich nicht auf die Seite der Arbeiterkinder stellte? Diese Schuld hat Dehn nicht genügend betont, wenn er nur hinweist auf „einige der Kirche bei der Verdingung zugehörige Punkte“. Er ist nun einmal viel zu sehr eckig und orthodoxer und darum kurzschäftiger, ja flacher Kirchenmann, um einsehen zu können, daß die Kirche ihrer ganzen Natur nach entgegensteht. Darum kann er wohl auch nicht einsehen, daß mit der „Kirche“ als solcher und ihrer „Offenbarung“ radikal gebrochen werden muß, will man der Religion wirklich dienen, vor allem die Arbeiterkinder religiös interessieren, nein, will man überhaupt die Religion erhalten. Diesen Schritt hat Dehn nicht tun, weil er, aus entgegengesetztem Grunde heraus, wie wir aus anderen Ausstellungen aus seiner Feder wissen, feinerlei Verständnis für jenen religiösen Kapitalismus hat, der die Sache bei der Wurzel anfaßt, die Kirche negiert und sich statt auf „Offenbarung“ auf die Wissenschaft stützt. Denn so dürftig auch deren Reklame in Bezug auf das Ewige sein mögen — wertvoller als die irdischen Glaubenslehren, auf die Dehn die Kinder auch jetzt noch immer trotz der Reklame seiner Unterweisungen bei der Konfirmation verpflichtet, sind sie auf jeden Fall. Nur rücksichtsloses Vorgehen, das jeden Kirchengott negiert und Pfad und Wege ins Nichts schlagen will, kann der Religion und dem Proletariat dienen! Weil solcher Geist Dehn fremd ist, daher endet auch seine Schrift hoffnungslos; er weiß nicht, wie zu helfen ist und will daher die „Entwicklung dem in die Hand geben, dem Kinder geboren werden können wie Tau aus der Morgenröte und der da lebendig macht die Toten und ruft dem, was nicht ist, daß es sei.“ Kurz, er macht wie alle Kirchenmänner: der liebe Gott soll's machen! — Schade um diese Reklame! Schade, daß die wertvollen Untersuchungen ihren Verfasser nicht in die Höhe weihen!

Dr. W. Hobann. „Etern und Kleintinderhygiene“. Entschieden Schulreform, Heft 6. Herausgegeben von Prof. J. Seitzsch, E. Oldenburg, Leipzig.

Dr. W. Hobann. „Auf und Wädel“. Ebenda, Heft 25. Ausgehend von der Tatsache, daß das, was man aus einem Menschen herausmachen kann, in erster Linie bedingt ist durch das, was er bei der Geburt bereits mitbringt, behandelt Hobann im ersten Heft in wissenschaftlich wohlgegründeter, aber durchaus gemeinverständlicher Darstellung zunächst die Fragen der Rassenhygiene, wobei er der von völkischen Phantasien geübten Veranschaulichung der Rassenreinheit entgegentritt; er zeigt die praktische Bedeutung für die Eheführung und weist besonders auf die Rassenhygiene durch Geschlechtskrankheiten und Alkohol hin. Hobann gibt er wichtige Regeln für die persönliche Hygiene, wobei auch die Frage der Geburtenregelung besprochen wird und schließt mit Anweisungen über die Milieuhaltung für das normale und anormale Kleintind.

Das zweite Heft ist hervorgegangen aus Gesprächen mit Kameraden über die Geschlechtsfrage, wie sie aus der Praxis der sozialistischen Jugendbewegung, in der Verfasser steht, sich ergeben haben. Mit rücksichtloser Offenheit werden alle auftretenden Fragen besprochen, aber nicht bloße Aufklärung, sondern jene Erziehung ist das Ziel dieser Besprechungen. Die Möglichkeit erzieherischer Einwirkung ergibt sich einmal aus den engen, persönlichen Beziehungen zwischen Führer und Gruppe und Hobann aus der bewußten, folgerichtig durchgeführten Einstellung auf die Welt des jungen Proletariats. Aus dem Ideal des Sozialismus gewinnt Hobann die starken Willensimpulse, die zur Beherrschung des Geschlechtstriebes notwendig sind. Draus ergibt sich, daß ohne das Vorhandensein dieser Kameradschaftlichkeit vieles von dem, was Hobann unternimmt, nicht gewagt und das es unter seinen Umständen einfach nachgemacht werden darf. Mit dieser Einschränkung kann aber das Heft Gruppenleitern, Erziehern und Jugendlichen wertvollen Rat geben.

Gansensmüller.

Schriften zum Staatsrecht der deutschen Republik.

Rudolf Smend. Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform. Tübingen. J. C. Mohr 1923. (Aus der Festschrift für Wilhelm Kahl.)

Der Hauptzweck der Smendischen Festschrift ist die Abgrenzung des Bereichs der Politik vom Bereich der vollenziehenden Gewalt. Es ist dies ein Problem, mit dem sich die Staatsrechtslehre seit der großen französischen Revolution beschäftigt, ohne doch zu einer befriedigenden Lösung gekommen zu sein. Die Lösung wäre auch für die juristische Praxis wichtig, und zwar darum, weil die Rechtsprechung wohl in Handlungen der vollziehenden Gewalt, aber wenigstens grundsätzlich nicht in Handlungen der Politik eingreifen darf und soll. Die französische Staatsrechtslehre hat versucht, durch Aufspaltung der in der Praxis vorkommenden Fälle zu bestimmen, was Politik und was vollziehende Gewalt ist. Eine solche Auf-

spaltung kann aber nie erschöpfend sein und befreit auch den Theoretiker nicht. Die juristische Praxis in Deutschland, insbesondere in Preußen, mußte sich mit dieser Frage sehr viel bei der Anwendung des Veretnsgegesetzes beschäftigen, um zu einer Begriffsbekimmung des „politischen Bereichs“ zu kommen. Auch hier ist eine Lösung niemals gefunden worden. Diese Veruche zur Klärung waren noch viel unbefriedigender als die französischen, und zwar deshalb, weil man die Rechtswissenschaft bei der Anwendung des Veretnsgegesetzes in den Dienst der Bekämpfung der Sozialdemokratie und aller rechtlichen Regungen stellte und als politische Vereine immer diejenigen bezeichnete, die der tauschlichen Regierung nicht passten. Smend verucht nun eine Abgrenzung der beiden Begriffe. Er bezeichnet die Politik als diejenige Funktion des Staates, in der der Staat sich und sein Wesen bestimmt und durch die die Verwaltung als diejenige Funktion, in der der Staat anderen Zwecken dient oder nur die technischen Mittel für seine politischen Funktionen beschafft. Auch diese Begriffsbestimmung ist unklar, und zwar deswegen, weil sie alles, was nicht zur Politik gehört, als Verwaltung erscheinen läßt und damit die Grenzen zwischen Verwaltung und Rechtsprechung völlig aufhebt. An anderer Stelle bezeichnet Smend die Politik bzw. die Regierung als diejenige Staatsaufgabe, die objektiv, das heißt ohne Beziehung auf den einzelnen Staatsbürger zu erfolgen habe, während die Verwaltungshandlung immer mit Beziehung auf einen einzelnen Staatsbürger, also subjektiv, erfolgt. Eine Lösung liegt in diesen beiden Begriffsbestimmungen noch nicht, aber es scheint, als ob hier ein Weg begangen wird, der zu einem Ziele führen könnte.

Dr. Karl Bilsinger. Der Einfluss der Einzelstaaten auf die Bildung des Reichswillens. Tübingen 1923. J. C. Mohr.

Der Verfasser ist zwar ein Reaktionsar, aber ein kluger und gebildeter Mann, der, besonders auf württembergische Dokumente gelehrt, sich eingehend mit der Geschichte Deutschlands und seiner Verfassung im 19. Jahrhundert beschäftigt hat, der aber aus seinen Kenntnissen nicht immer zu den richtigen Schlüssen kommt. Er bekommt die Auffassung, daß das Deutsche Reich Bismarcks Prägung sein würtlicher Bundesstaat, sondern eine Art Staaten-Staat unter der Oberherrschaft Preußens gewesen sei. Er stellt dabei eingehende sehr scharfsinnige Untersuchungen über den Begriff des Bundesstaates überhaupt an. Er betont mit Recht, daß jede bundesstaatliche Verfassung eines voraussetze, nämlich die bundesfreundliche Gesinnung zwischen den Bundesmitgliedern und er bemerkt, daß diese bundesfreundliche Gesinnung nicht nur ein Beweggrund für den Erlaß der Verfassung sei und sein müsse, sondern daß die Notwendigkeit der Befähigung dieser bundesfreundlichen Gesinnung ein, wenn auch nicht ausdrücklich ausgesprochenes Rechtsobjekt bedeute. Er ist der Ansicht, daß es Fälle gäbe, wo formalrechtlich ein Bundesstaat ein Gliedstaat in einer wichtigen Frage von den anderen überstimmt werden könne, wo aber eine solche Majorisierung nicht stattfinden dürfe, sondern aus der Notwendigkeit der Befähigung bundesfreundlicher Gesinnung heraus der Weg der Befähigung gesucht werden müsse. Das ist die Ansicht der Zentrale gegenüber den Gliedstaaten. Auf der anderen Seite haben auch wegen dieses hindernissen Elements im Bundesstaate die Gliedstaaten die Verpflichtung, ihren Einfluß auf die Bildung des Gemeinwillens nicht zu Sondervorteilen für sich auszunutzen, sondern nur zum Wohl des Gesamtstaates, wenn sie auch natürlich seine Politik in ihrem Sinne beeinflussen können. Er unterläßt dann im einzelnen, wie nach der Bismarckschen Verfassung die Länder den Reichswillen beeinflussen können, macht darauf aufmerksam, daß die Beeinflussung vielfach in einer Weise, wie sie nicht durch die Verfassung vorgesehen ist, vor sich geht: z. B. durch die Presse, durch einzelne Abgeordnete, durch die Tat, daß der eine oder andere Reformminister einem Lande entkann, daß durch die Verhältnisse zur Geltung bringen will. Er glaubt, daß durch die Verhältnisse zur Geltung die Einheit Deutschlands in höherem Grade gesichert sei, und will diese wiederherstellen.

Das Buch bringt recht gutes Material, das zu jedem staatsrechtlich interessierten Politiker nur angetragen werden kann, ist aber in seinem Ziel verfehlt. Da die Vorbereitung von Reichsgesetzen in der Vortragszeit zum großen Teil allein in den Händen preussischer Beamter lag, da zum großen Teil die deutschen Mittel- und Kleinstaaten finanziell und wirtschaftlich von Preußen abhängig waren, war schon hierdurch die Beherrschung des Reiches durch Preußen gegeben. Hinzu kam, daß der Reichsanwalt zu gleich preussischer Ministerpräsident und als solcher von den preussischen Konventionen abhängig war, war schon hierdurch die Beherrschung des Reiches durch Preußen gegeben. Hinzu kam, daß der Reichsanwalt zugleich preussischer Ministerpräsident und als solcher von den preussischen Konventionen abhängig war, und auch rein verfassungsrechtlich die wichtigsten Entscheidungen im Bundesrat nicht gegen die preussischen Stimmen erfolgen konnten. Wir haben heute merktlich mehr „bündische“ Möglichkeiten als früher.

Heinrich Triepel. Streitigkeiten zwischen Reich und Ländern. Tübingen. J. C. Mohr, 1923. (Aus der Festschrift für Wilhelm Kahl.)

Das Buch eines Mannes, der ein großer Theoretiker ist und der durch seine theoretische Unternehmung der Praxis näher will! Der Leitgedanke der Schrift ist: staatsrechtliche Streitigkeiten dürfen nur in letzter Linie mit den Mitteln der Gewalt am getragen werden. Jeder gewaltsame Willensvorgang hat ein Richterurteil vorauszusetzen. Der Artikel 19 der Reichsverfassung sieht den Staatsgerichtshof als die Instanz an, die die Rechtssachen soll zwischen dem Reich und den Ländern. Er sieht den Reichspräsidenten gewissermaßen als den Reichsgerichtsobersten an, nämlich als diejenige Instanz, die das Urteil des Staatsgerichtshofes vollzieht. Triepel bringt den Artikel 19 der Reichsverfassung, der diese Bestimmung enthält, in Verbindung mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung. Er ist der Ansicht, daß der Reichspräsident nur dann mit Hilfe der bewaffneten Macht ein Land zur Ausführung von Gelehen anhalten kann, wenn ein Urteil des Staatsgerichtshofes vorangegangen ist. Er weist mit Recht darauf hin, daß Artikel 48 Absatz 1 eine Art Ausdrucksbestimmung zum Artikel 19 der Reichsverfassung ist. Der Reichspräsident hat, wenn ein Urteil des Staatsgerichtshofes gegen ein Land vorliegt, zu bestimmen, wie er dieses Urteil durchsetzen will, und er kann es schlimmstenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht nach Artikel 48 Absatz 1 durchsetzen. Er darf aber nicht nach Artikel 48 Absatz 1 vorgehen, wenn nicht das Urteil des Staatsgerichtshofes nach Artikel 19 der Reichsverfassung vorliegt. Triepel will dem Staatsgerichtshof eine möglichst weite Zuständigkeit geben. Er weist darauf hin, daß die Lehre von der Dreiteilung der Gewalt im demokratischen Staate nicht in ihrer reinen Form Praxis sein dürfte, daß die Trennung von Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung in der staatsrechtlichen Theorie gemacht worden ist, weil man die Rechtsprechung vor den Willkür eingriffen des absoluten Monarchen schützen wollte.

Heute aber geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung beruhen in gleicher Weise auf der Volkssouveränität, und so darf denn auch die Rechtsprechung die Gesetzgebung kontrollieren. Der Staatsgerichtshof muß die Möglichkeit haben, nachzufragen, ob ein Gesetz rechtmäßig nach den Bestimmungen der Verfassung zustande gekommen ist. Das Urteil des Staatsgerichtshofes, das einem Gesetz die verfassungsmäßige Grundlage abspricht, entzieht ihm die Rechtswirksamkeit. So wird es möglich sein, die manchmal entgegenstehenden Ansprüche von Reich und Ländern in Einklang zu bringen, ohne daß es des Mittels der Gewalt bedarf. Der Staatsgerichtshof ist der Boden, auf dem sich die Ansprüche der Staatseinheit mit den Ansprüchen korporativer Rechte in friedlichem Kampfe auseinandersetzen müssen. Ernst Cassel.